

# 12 *Erziehung* 2011 *und Wissenschaft*

I. Dezember 2011

K 6549

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft *Sachsen-Anhalt*



**□ Aktuell:**

Schulgesetznovelle  
HPR-Wahlen Hochschulen  
Beamte in Sachsen-Anhalt  
Girls' Day und Boys' Day  
Hochschulzugang

**□ Titelthema:**

Jugendarbeit:  
Kürzungspolitik und  
Arbeitssituation

**□ Tarif + Recht:**

Rentangleichung Ost  
Überlastungsanzeige

**Abgebrannt:**

Geld für Projekte  
und Zentren wird  
drastisch gekürzt,  
professionelles  
Personal ist rar  
und überfordert  
und die jungen  
Leute gehen  
ohnehin weg.

Jungsein ist prekär  
in diesem Land ...



David Penke, Lehrer am Gymnasium in Bitterfeld und Mitglied des LHPR

**Kommentiert:**

$$\bar{n} = \frac{1 - (a+b)}{k} \cdot \sum_{i=1}^k n_{UB_i} + a \cdot n_{KA_1} + b \cdot n_{KA_2}$$

Kennen Sie diese Formel? Sie denken sicher, jetzt hat endlich jemand die Gleichung zur EURO-Rettung gefunden. Leider ist sie es nicht. Es ist aber ganz einfach: So sieht ein allgemeiner mathematischer Formalismus aus, der sich aus den Regelungen des derzeitigen Leistungsbewertungserlasses zur Bildung der Halbjahresnote ergeben würde.

Haben Sie das Gefühl, dass diese Regelung leicht verständlich und damit transparent und nachvollziehbar ist? Ich nicht, mir fällt dazu nur das geflügelte Wort vom „bürokratischen Monster“ ein.

Und, führt eine derartige komplexe Regelung zu einer gerechteren Schülerbewertung? Ebenfalls nein, jedenfalls nach meiner Erfahrung. Wende ich auf die von mir erteilten Noten die Bildung des arithmetischen Mittels („Durchschnitt“) an, so komme ich in nahezu allen Fällen zu einem ähnlichen Zahlenwert, wie ich ihn aus der obigen Formel mühsam berechne. Dieser Wert ist die Orientierung für meine pädagogische Ermessensentscheidung zur Erteilung der Halbjahresnote. Was nützt mir dabei die zweite Nachkommastelle?

Also um es kurz zu machen: Gerechtigkeit bei der Bewertung von Schülerleistungen hängt von allen möglichen Faktoren ab – über die man nachdenken sollte! – aber bestimmt nicht von einer möglichst komplizierten Vorschrift für die Bildung von Zeugnisnoten.

Wenn es also erklärtes Ziel des Kultusministers ist, Schule zu entbürokratisieren, dann ist die Entschlackung des Leistungsbewertungserlasses eine hervorragende Möglichkeit, den Worten Taten folgen zu lassen.

Die Lehrkräfte werden es ihm danken. Und zwar nicht, weil sie dann weniger zu tun haben, sondern weil sie sich dann mehr den eigentlichen Aufgaben widmen können, besonders den Kindern.

..... David Penke

**Inhalt**

**Aktuell**

Kommentiert: **Leistungsbewertung** ..... 2  
 Schulgesetznovelle beschlossen:  
**Schritte zur Umsetzung der Koalitionsvereinbarung** ..... 3  
 Beamtenkonferenz der GEW Sachsen-Anhalt:  
**Als Lehrkraft geachtet oder Spielball der Finanzpolitik?** ..... 3  
 Mädchen- und Jungen-Zukunftstag:  
**Berufsorientierung ohne Praxisbezug?** ..... 4  
 Wahlen zum Hauptpersonalrat für die Hochschulen:  
**Wieder eine starke GEW-Vertretung erreicht** ..... 5  
 GEW-Werkstattgespräch:  
**Studierfähigkeit, Hochschulzugang, Übergänge** ..... 5  
 Privatschulen vs. öffentliche Schulen:  
**Hilferuf aus Greppin und Erfolg in Stendal** ..... 5  
 Bündnis für die Angleichung der Renten in den neuen Bundesländern:  
**Rentenangleichung Ost bei Bundeskanzlerin angemahnt** ..... 6  
 Realsatire: **CDU und GEW einer Meinung?** ..... 6

**Tarif + Rechts**

Unzumutbare Auswüchse beim Lehrereinsatz:  
**Mit Überlastungsanzeige auf Arbeitssituation reagieren** ..... 8  
 Altersteilzeit-Anhörung im Petitionsausschuss:  
**Entscheidung noch zurückgestellt** ..... 8

**Titel-Thema: Jugendarbeit in Sachsen-Anhalt**

Jugendarbeit in Sachsen-Anhalt:  
**Arbeitsfeld und Arbeitsverhältnisse misslich und bedenklich** ..... 9  
 Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt schlägt Alarm:  
**Durch Kürzungspolitik vor die Tür gesetzt** ..... 9  
 Arbeitssituation in der Jugendarbeit Sachsen-Anhalts:  
**Soziale Arbeit – ausgebrannt und abgelegt?** ..... 11

**Info + Termine**

Landesgeschäftsstelle: **Zum Jahreswechsel geschlossen** ..... 14  
 GEW-KV Sangerhausen: **Mitglieder-Info** ..... 14  
 GEW-Stadtverband Halle: **Fahrt zur „didacta“** ..... 15  
 Altmärkischer LehrerInnentag 2012: **„Gesundheitstag“** ..... 15  
 GEW-KV Aschersleben-Staßfurt: **Veranstaltungen 2012** ..... 15  
 Kinder- und Jugendbuch-Tipp: **Eine fantastische Geschichte** ..... 15  
 Kinder- und Jugendbuch-Tipp: **Trauer und ein Abschied für immer** .. 15  
 Nachschlag: **Es rettet uns kein höh'eres Wesen** ..... 16

**Spendenaufwurf**

**Bildung statt Kinderarbeit**



2012 will die GEW-Stiftung „fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit“ ihr erstes großes Projekt starten. Gemeinsam mit der indischen MV Foundation wollen wir in einer Baumwollregion Südindiens ca. 3.000 Kinder – überwiegend Mädchen – aus der erzwungenen Arbeit auf den Plantagen herausholen und ihnen eine Schulbildung ermöglichen ([www.fair-childhood.eu](http://www.fair-childhood.eu)). Die MV Foundation verfügt über 20 Jahre Erfahrung mit solchen Projekten und hat bis jetzt bereits über 500.000 Kinder aus Zwangs- und Sklavenarbeit befreit.

Um bis zum Jahresende grünes Licht nach Indien senden zu können, bitten wir sehr herzlich um eine Spende. Für die Mädchen auf den Baumwollplantagen ist der Besuch einer Schule heute noch ein unerfüllbarer Lebensstraum. Mit Eurer Hilfe kann er morgen Wirklichkeit werden.

Spendet bitte an: fair childhood, Konto-Nr.: 375 1880 188, BLZ: 700 205 00, Bank für Sozialwesen. Auf der Homepage [www.fair-childhood.eu](http://www.fair-childhood.eu) kann man auch online spenden. Wir danken Euch für Eure Unterstützung.

Ulrich Thöne, GEW-Vorsitzender



## Schulgesetznovelle beschlossen: Schritte zur Umsetzung der Koalitionsvereinbarung

**(EuW)** Am 10. November entschied der Landtag mit der Zustimmung zum Entwurf eines Artikelgesetzes zur Änderung schulaufsichtlicher und schulfachlicher Regelungen, dass die Entscheidung, in welche Schulform Kinder nach der Grundschule wechseln, künftig wieder allein die Eltern treffen. Die Schullaufbahneempfehlungen der Schulen sind nicht länger verbindlich.

Damit entfällt die 2005 eingeführte Eignungsfeststellung für Kinder, die gemäß Elternwunsch entgegen anderslautenden Empfehlungen ein Gymnasium besuchen sollten. „Wir stärken damit die Entscheidungsrechte, aber auch die Verantwortung der Eltern“, sagte Kultusminister Stephan Dorgerloh. Wie bisher würden die Schulen die Eltern aber ausführlich zu der anstehenden Entscheidung beraten.

Mit der Änderung des Schulgesetzes, die am Tag nach der Verkündung in Kraft treten wird, wird an den Schulen auch der Einsatz zentraler Leistungserhebungen flexibilisiert. So müssen künftig im 4. und im 6. Schuljahrgang nur noch eine statt bisher zwei bzw. drei landeszentrale Klassenarbeiten geschrieben werden – in welchem der Fächer Deutsch, Mathematik oder erste Fremdsprache, entscheidet das Kultusministerium. Die GEW erwartet nun, dass auch die Rahmenbedingungen der Leistungserhebungen, u.a. die Leistungsbewertung, weiter entbürokratisiert werden. **(s. Kommentar)** Eine weitere Neuregelung betrifft die Schulaufsicht: Zum 1. Januar 2012 wird diese aus dem Landesverwaltungsamt herausgelöst und in einem neuen Landesschulam wieder direkt dem Kultusministerium nachgeordnet. Mit

der fachlichen und dienstrechtlichen Aufsicht des Ministeriums über das Schulamt soll aus Sicht der Koalitionäre die Zuständigkeit für alle schulischen Belange gebündelt werden. Die GEW hatte im Vorfeld der Landtagsdebatte in Anhörungen und politischen Gesprächen zu dem Gesetzesvorhaben Stellung genommen und grundsätzliche Zustimmung signalisiert, zum Teil aber weitergehende Regelungen gefordert (EuW berichtete). Der Intervention der GEW ist zu verdanken, dass Rechtssicherheit dafür geschaffen wurde, dass die beiden Lehrerbezirkspersonalräte – nun beim Landesschulam angesiedelt – bestehen bleiben können und keine Neuwahlen erforderlich sind. Damit wurde die kontinuierliche Interessenvertretung der Kolleginnen und Kollegen gesichert.

## Beamtenkonferenz der GEW Sachsen-Anhalt: Als Lehrkraft geachtet oder Spielball der Finanzpolitik?

**Am 5. November fand in Magdeburg die Beamtenkonferenz der GEW statt, die von zwei Themen bestimmt wurde. Am Vormittag wurde das Verhältnis von GEW, Lehrkräften und dem Land als Arbeitgeber und Dienstherrn zum Berufsbeamtentum diskutiert. Am Nachmittag ging es um rechtliche Fragen zum Ruhestand, zur Dienstunfähigkeit und zur Berechnung der Pension.**

### Hergebrachte Grundsätze aufgeweicht?

Die geschichtliche Entwicklung des Berufsbeamtentums und vergleichende Zahlen innerhalb der Bundesrepublik wurden durch Gesa Bruno-Latocha, Referentin für Angestellten und Beamtenpolitik beim GEW-Hauptvorstand, dargestellt. Sie hob vor allem hervor, dass die GEW bundesweit die größte Beamtenorganisation ist.

Weiterhin informierte sie, unterstützt von Dr. Andreas Isenberg, Leiter des Vorstandsbereiches BbS, über die Entwicklungen und Gerichtsurteile zum Streikrecht für Beamtinnen und Beamte. Es gibt danach berechtigte Hoffnungen, dass die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte auch in Deutschland zum Tragen kommen wird und damit auch den Beamtinnen und Beamten bald das volle Koalitionsrecht zustehen wird. Die GEW unterstützt die Klagen der Kolleginnen und Kollegen, die bei einem Beamtenstreik mit einem Bußgeld belegt wurden.

### Spielball der Finanzpolitik?

Das Verbeamtungskonzept des Landes sollte durch Dr. Heiko Geue, Staatssekretär im Ministerium der Finanzen, vorgestellt werden. Da das Ministerium seine Teilnahme kurzfristig und ersatzlos absagte, stellte Eva Gerth, Leiterin des VB Tarif und Recht, unter der Überschrift „Was hätte Herr Geue sagen können?“ die entsprechenden Teile des Personalentwicklungskonzeptes (PEK 2011) des Landes zusammen. Ihr Fazit war, dass die Verbeamtungspolitik der Landesregierung ausschließlich von finanziellen Erwägungen geprägt war und ist. Hoheitliche Aufgaben, die eine Verbeamtung erforderlich machen würden, sieht das Land für die Lehrkräfte nicht.

Vor acht Jahren wurden Mangelfachlehrer an den allgemeinbildenden Schulen, Schulleiterinnen und Schulleiter, ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter und Lehrkräfte an den berufsbildenden Schulen verbeamtet. In einer Pressemitteilung des Kultusministeriums von 2003 hieß es dazu: „... wegen der angespannten Haushaltslage mussten alle Möglichkeiten zur Reduzierung der laufenden Personalkosten genutzt werden ...“.

Die Lehrkräfte, die das Angebot erhielten, haben sich überwiegend für eine Verbeamtung ausgesprochen, wie man an den Altersstrukturen erkennen kann. Derzeit werden Kolleginnen und Kollegen, die bereits im Schuldienst sind, nicht mehr verbeamtet, auch wenn sie Schulleiterin oder Schulleiter werden. Sachsen-Anhalt hat einen Pensionsfonds aufgelegt, um die künftig zu zahlenden Pensionen der jetzt aktiven Beamtinnen und Beamten abzusichern. Die Zuführungen zum Fonds betragen zwischen 28,9 und 42,2 Prozent des monatlichen Gehaltes. Zählt man also die Altersfürsorge hinzu, so gibt das Land für seine Beamtinnen und Beamten mehr aus als für die angestellten Beschäftigten. Darin liegt der Grund für die derzeitige restriktive Verbeamtungspolitik.

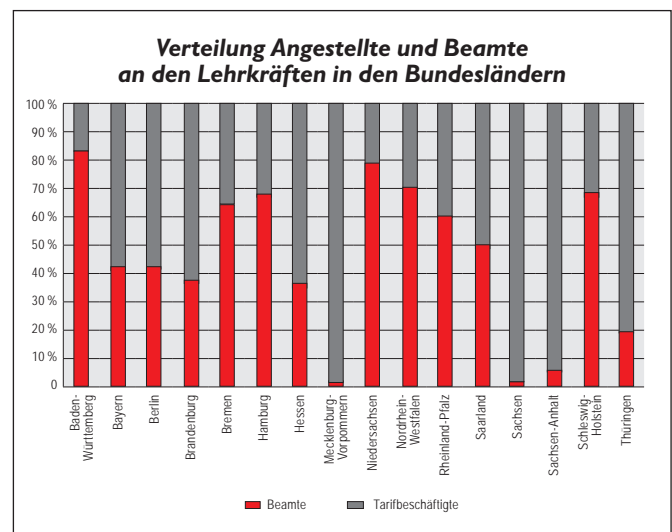
### Verbeamtung aus Konkurrenzgründen?

Seit einigen Jahren reagiert das Land jedoch auch auf die Schwierigkeiten bei der Neubesetzung von Stellen im Schuldienst in allen Schulformen und bietet die Verbeamtung an, um Berufseinsteiger nach Sachsen-Anhalt zu holen.

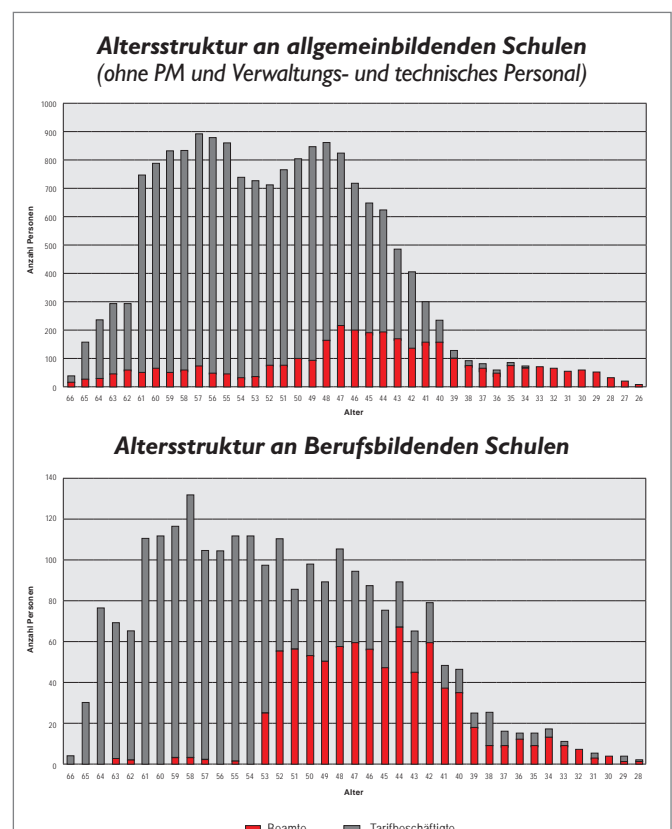
Thomas Lippmann, Landesvorsitzender GEW, wies in seinem engagierten Diskussionsbeitrag darauf hin, dass die GEW schon seit mehr als zehn Jahren prognostiziert, dass die Zahl der in Sachsen-Anhalt ausgebildeten Lehrkräfte zu gering ist, um die Bedarfe zu decken. Daran kann auch die derzeitige Erhöhung der Stellenzahl für den Vorbereitungsdienst kaum etwas ändern.

### Nicht Status sondern Arbeitsbedingungen entscheidend

Thomas Lippmann machte weiterhin deutlich, welche Auswirkungen diese



Quelle: GEW-Hauptvorstand



Quelle: Personalentwicklungskonzept (PEK) des Landes Sachsen-Anhalt, 2011

→ Ausbildungs- und Einstellungspolitik des Landes auf die Altersstruktur der Lehrkräfte und letztlich vor allem auf die Arbeitsbedingungen von verbeamteten und angestellten Lehrkräften gleichermaßen hat. Da sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler bis 2015 kaum ändert und im Land zu wenige Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet werden, um den ohnehin schon knappen Einstellungskorridor auszufüllen und gleichzeitig die Älteren in den Ruhestand gehen, sagte er für die nächsten Jahre einen Mangel an Lehrkräften voraus.

### Gegen Verschlechterungen mit GEW kämpfen

Wenn mit immer weniger Kolleginnen und Kollegen die gleiche Arbeit gemacht werden muss,

sind die Folgen absehbar: Arbeitsverdichtung, Stundenausfall, erhöhte Belastungen und ein größeres Risiko für Krankheiten. Schon jetzt ist aus den Statistiken ablesbar, dass sich der Anteil der Langzeiterkrankungen in den letzten Jahren stetig erhöht hat. Eine weitere politische Konsequenz könnte auch eine Erhöhung der Wochenstundenzahl in allen Schulformen sein. Aus solchen Plänen macht im Übrigen auch die Landesregierung keinen Hehl. Dass eine Stunde mehr in allen Schulformen ca. 500 Vollzeitstellen sparen würde, hat das Finanzministerium längst ausgerechnet. Diese Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen treffen alle Lehrkräfte, unabhängig davon ob angestellt oder verbeamtet. Insofern gibt es für die GEW auch kein Richtig oder Falsch,

was Verbeamtungen im Landesdienst angeht. Wichtig sind ein weitestgehend einheitliches Dienstrecht und gute Arbeitsbedingungen für alle Lehrerinnen und Lehrer. Deshalb müssen auch alle gemeinsam den Kampf gegen die sich abzeichnenden Verschlechterungen aufnehmen – verbeamtete und angestellte Lehrkräfte gleichermaßen.

Im zweiten Teil der Beamtenkonferenz ging es um die Themen Pension, Dienstunfähigkeit und Ruhegehalt für Beamte. Darüber soll in der nächsten Ausgabe der EuW berichtet werden.

Eva Gerth,  
Steffen Plewe

## Mädchen- und Jungen-Zukunftstag: Berufsorientierung ohne Praxisbezug?

(EuW) Seit einigen Jahren organisiert ein Stendaler Arbeitskreis erfolgreich die Ausrichtung des Zukunftstages für Mädchen und Jungen (Girls' Day und Boys' Day) im Landkreis Stendal. Die Planung für diese wichtige Aktion der Berufsorientierung für das Jahr 2012 zeigt aus Sicht des Kompetenzzentrums geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe LSA e.V. (KgKJH) und der Netzwerk- und Servicestelle für geschlechtergerechte Berufsorientierung allerdings Tendenzen, die sie aus fachinhaltlicher Sicht in einem Offenen Brief kritisieren. Im Zentrum der für den 26. April 2012 geplanten Aktion soll eine zentral verortete Berufsorientierungsmesse stehen, die vom Arbeitskreis gemeinsam mit der Bundeswehr organisiert wird.

### Sinn des Zukunftstages verfehlt

Mädchen und Jungen soll am Zukunftstag die Möglichkeit gegeben werden, praktische Erfahrungen in Berufsfeldern zu sammeln, die sie oft allein aufgrund ihres Geschlechts nicht in Betracht ziehen würden. Die Idee

die sie bis dahin wenig erfahren haben. Laut Runderlass des Zukunftstages (RdErl. des MK vom 21.12.2006 – 21.3-8300 einschließlich der Änderungen vom 5.5.2010 – SVBl. LSA S. 138) ist eine geschlechtsspezifische Lenkung an diesem jedoch ausdrücklich gefordert. Eine oft genannte Kritik am Zukunftstag ist, dass Jungen und Mädchen nicht die Chance haben, an einem Tag in einer Einrichtung oder einem Unternehmen tatsächlich praktische Erfahrungen zu sammeln. Bei einer Messerveranstaltung ist es, selbst wenn praktische Erprobungsmöglichkeiten angeboten werden, eine deutlich höhere Zahl an Arbeitsfeldern, über die sie informiert werden. Ein erfahrungsreicher Einblick in das Arbeitsfeld ist damit in keiner Weise geboten.“

### Bundeswehr soll bevorteilt werden

Weiter heißt es, dass sich die Werbung von Fachkräften durch die Bundeswehr nur schwer mit dem Ziel der Fachkräftesicherung des Landes Sachsen-Anhalt vereinbaren ließe. Weiterhin wird kritisiert, dass die Wirtschaftsstruktur des Landkreises zu wenig in den Blick genommen wird.

Durch die Organisatoren des Zukunftstages im Landkreis Stendal werden aus der Sicht der Verfasserinnen des Offenen Briefes kleine und mittelständische Unternehmen nicht ausreichend in den Blick genommen und zum Teil sogar benachteiligt. Sie verweisen darauf, dass der veranstaltende Stendaler Arbeitskreis ein Angebot der Bundeswehr nutzen will, kostenlos Schülerinnen und Schüler des gesamten Landkreises mit Bussen zu der Berufsorientierungsmesse zu transportieren. Wörtlich heißt es: „Als Landeskoordination sehen wir dadurch die dezentrale Wirtschaftsstruktur des Landkreises benachteiligt. Daher

schlagen wir vor, kostenlose Bustransporte zu allen Veranstaltungen des Zukunftstages einzurichten. Absprachen des Landkreises mit regionalen Transportunternehmen wären eine Möglichkeit.“

Desweiteren sehen die Verfasserinnen und Verfasser des Offenen Briefes eine einseitige Bevorteilung der Bundeswehr durch den Arbeitskreis. Sie verweisen dabei darauf, dass diese einseitige Militärwerbung bei Minder-

jährigen jedoch klar gegen die Prinzipien der UN-Kinderrechtskonvention verstößt. In einer aktuellen Veröffentlichung von „terre des hommes“ in Kooperation mit der GEW heißt es dazu „Die darin verbrieften Kinderrechte gelten für alle unter 18-jährigen, darunter das Recht auf Leben und freie Entwicklung (Art. 6), auf körperliche Unversehrtheit und Schutz vor Gewalt (Art. 19) und auf eine Erziehung im Geiste von Frieden und Verständigung zwischen den Völkern (Art. 29)“.

### Grundsätzliche GEW-Positionen

Die GEW Sachsen-Anhalt hat an den Landrat und die Vorsitzenden der Kreistagsfraktionen appelliert, den Inhalt des Offenen Briefes ernst zu nehmen. In einem Schreiben des GEW-Landesvorsitzenden, Thomas Lippmann, heißt es: „Für problematisch halten wir es jedoch, wenn in solchen Arbeitskreisen die Vertreter der regionalen Wirtschaft nicht ausreichend breit vertreten sind, sondern einzelne Unternehmen bzw. Branchen die Ausrichtung der Arbeit solcher Arbeitskreise einseitig dominieren. Dies gilt für die Bundeswehr im Falle des bei Ihnen gebildeten Arbeitskreises ebenso, wie für jedes andere größere Unternehmen, das in einer Region mit einem entsprechend großen Arbeitsplatzangebot und Arbeitskräftebedarf präsent ist.“

Die GEW teilt darüber hinaus die Auffassung der Netzwerk- und Servicestelle, dass dem Sinn und Zweck des Zukunftstages durch die Orientierung auf den Besuch einer Berufsfindungsmesse nicht entsprochen werden kann. Gerade in der Altmark mit ihren speziellen strukturellen Zukunftsproblemen müssten alle Anstrengungen darauf gerichtet werden, die Heranwachsenden für die in der Region verankerten und für den Erhalt der Infrastruktur wichtigen Branchen und Betriebe zu interessieren, um sie möglichst dauerhaft als Arbeitskräfte und als Einwohner halten zu können. Lippmann forderte die politisch Verantwortlichen auf, von der Orientierung auf den Besuch einer Messe im Rahmen des Zukunftstages Abstand zu nehmen und statt dessen weiter gezielt an der Erweiterung des Angebotes aus den Betrieben der Region zu arbeiten. Er schrieb: „Dabei wollen wir Sie gern im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen und unsere Kollegen in den Gewerkschaften des DGB bitten, sich über die Betriebsräte und gewerkschaftlichen Gruppen für eine verstärkte Beteiligung der Betriebe am Zukunftstag einzusetzen.“



des Zukunftstages ist es, dass Jungen und Mädchen eingeladen werden, in Betrieben und Unternehmen, also vor Ort, erste Eindrücke zu gewinnen und praktisch tätig zu sein. Im Offenen Brief heißt es dann: „Der Besuch von Messerveranstaltungen ermöglicht keine entsprechenden Erfahrungen am eigentlichen Arbeitsort. Zudem kann nur schwer sichergestellt werden, dass Mädchen und Jungen sich vor allem über solche Berufe informieren, über

## Wahlen zum Hauptpersonalrat für die Hochschulen: Wieder eine starke GEW-Vertretung erreicht

**(EuW)** Das Ergebnis der Wahl zum Hauptpersonalrat (HPR) beim Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft hat bestätigt, dass die Kolleginnen und Kollegen der GEW-Liste hohes Ansehen genießen. Bertolt Marquardt von der Martin-Luther-Universität, der als Spitzenkandidat die Liste anführte, schätzte das Wahlergebnis als „vollen Erfolg“ ein. Die Wahl, die am 16. November stattfand, war durch die Zuordnung des Wissenschaftsbezirks, d.h. vor allem der Universitäten und Hochschulen, zum Wirtschaftsministerium notwendig geworden.

Die GEW erreichte bei einer erneuten Steigerung ihres prozentualen Stimmenanteils wieder drei von zehn Sitzen bei den Beschäftigten. Die Gewählten sind **Bertolt Marquardt**,

**Dr. Ursula Föllner** von der Uni Magdeburg und **Dr. Ursula Franke** von der Medizinischen Fakultät der Uni Halle. Die anderen Sitze entfielen auf ver.di (4) und drei freie Listen mit jeweils einem Vertreter. An den beiden Unis und besonders an der Hochschule Merseburg lag die GEW klar vorn.

Das bestätigt den GEW-Kurs in der Vertretung der Interessen der Beschäftigten wie in der Hochschul- und Wissenschaftspolitik. Auf ihren Wahlplakaten hatte die GEW geschrieben: „Wir wollen der Wirtschaftsministerin einen starken Hauptpersonalrat für die Universitäten und Hochschulen entgegenstellen!“ Dieses Ziel haben die Kolleginnen und Kollegen an den Hochschulen mit ihrer Wahlentscheidung eindrucksvoll unterstützt.



Dr. Ursula Föllner, Bertolt Marquardt, Dr. Ursula Franke (v.l.)

© WWW.SW-KOMMUNIKATION.NET

## GEW-Werkstattgespräch: Studierfähigkeit, Hochschulzugang, Übergänge

**(EuW)** Zur Eröffnung des Werkstattgesprächs „Studierfähigkeit herstellen – Hochschulzugang sichern – Übergänge gestalten“ am 19. November in Magdeburg, zitierte Kollege Hans-Dieter Klein, Gewerkschaftssekretär der GEW, die OECD: Der Anteil unter den 25- bis 64-Jährigen in Deutschland, der über einen Studienabschluss verfügt, hat sich von 14 Prozent (1995) auf 28 Prozent (2009) verdoppelt. Im selben Zeitraum hat sich aber die Hochqualifizierten-Quote der anderen Industrienationen von 20 auf 38 Prozent erhöht. Zugleich musste er konstatieren, dass von 2008 bis 2011 die Zahl der Schulabsolventen mit Hochschulzugangsberechtigung in Sachsen-Anhalt auf Grund der demografischen Entwicklung von 8.908 über 7.057 (2009) und 4.685 (2010) auf 4.390 gesunken ist. Damit war auch eines der wichtigsten Probleme

umrissen, dem sich die Tagungsteilnehmer aus Gymnasien, Berufsbildenden Schulen, Hochschulen und der Politik zuwandten: Was kann man tun, um mehr Akademiker auszubilden und was müssen sie können?

Torsten Klieme, Referatsleiter im Kultusministerium, der den verhinderten Staatssekretär vertrat, ging ebenso auf diese Problematik ein wie die Landesvorstandsmitglieder Raimund Witte, Dr. Andreas Isenberg und Prof. Dr. Jürgen Köhler. Alle waren sich einig: Schulen und Hochschulen haben eine gemeinsame Aufgabe, nämlich Studienmotivation zu erzeugen und möglichst viele zu qualifizierten Abschlüssen zu bringen. Klieme begrüßte den Ansatz der GEW, kompetenzorientierte Bildung einzufordern. Erfrischend demonstrierten dies auch Fernando Will und Lucas Neubert vom Landesschülerrat, die zugleich auch auf Defi-

zite in der schulischen Ausbildung, den Willen zum Studium zu stärken, hinwiesen.

In Arbeitsgruppen wurde bildungsbereichsübergreifend darüber diskutiert, was akademische Bildung heute ist, wie man darauf gemeinsam vorbereiten kann und wie die Hochschulen an die Leistungen der Schulen anknüpfen können. Das „Werkstattgespräch“ war durch einen Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz vom November 2010 initiiert worden. Unter dem Titel „Hochschule für alle“ war damals beschlossen worden, für möglichst viele junge Menschen Wege zur Hochschule zu eröffnen. Noch, so die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sind dafür viele politische, soziale, finanzielle, aber auch motivatorische Hürden zu nehmen.

**EuW wird in der nächsten Ausgabe ausführlicher berichten.**

## Privatschulen vs. öffentliche Schulen: Hilferuf aus Greppin und Erfolg in Stendal

**(EuW)** Auf den Bericht „Private evangelische Grundschule verdrängt öffentliche Grundschule“ in der EuW 10/2011 erreichte die Redaktion der folgende Brief von Norbert Bartsch, Schulleiternratsvorsitzender der Grundschule Greppin:

„Unsere kleine sanierte Grundschule mit durchschnittlich 60 Schülern im Ortsteil Greppin der Stadt Bitterfeld-Wolfen steht vor ähnlichen Problemen, auf die wir Sie heute aufmerksam machen möchten.“

Im Mai 2010 hat sich der Trägerverein der evangelischen Grundschule Bitterfeld-Wolfen e.V. gegründet. Seitens der Stadt Bitterfeld-Wolfen wurde im Oktober 2010 der Beschluss gefasst, den Schulstandort Greppin langfristig zu sichern, indem das Schulgebäude bei Bildung einer freien Grundschule dieser zur Nutzung zur Verfügung gestellt wird. In der Begründung wird die Bestandsfähigkeit unserer Schule prognostisch in Frage gestellt. Laut Schulentwicklungsplan hat die Grundschule Greppin bis 2014 Bestand. Der geplante Start der evangelischen Grundschule im Schuljahr 2011/2012 wurde dem Trägerverein zunächst aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten und

Lehrermangels untersagt. Sollte in diesem Jahr die Genehmigung für 2012/2013 erteilt werden, soll die neue Schule aufbauend und die bisherige Schule mit Ausnahmegenehmigung auslaufend betrieben werden.

Wir als Schulleiternrat, Eltern, Lehrer, Kinder und Bürger sind seitdem sehr verunsichert und kämpfen für den Erhalt unserer staatlichen Grundschule. Nicht nur die Teilnahme an Stadtratssitzungen, Beratungen, Elternabende und Informationsveranstaltungen, sondern auch Veröffentlichungen in der Presse, sowie Mahnwachen vor dem Rathaus standen seit dem letzten Jahr auf unserem Programm. Bisher leider ohne positive Ergebnisse.

Zuletzt haben wir ebenfalls einen offenen Brief an die Oberbürgermeisterin Frau Wust verfasst, um auf unsere Situation, den Unmut und Ratlosigkeit aufmerksam zu machen. Mit diesem Brief möchten wir vor allem die Öffnung der Schulbezirke per Beschluss erreichen, damit eine Umverteilung von sicheren Grundschulstandorten zu schülerschwachen Standorten erfolgen und somit eine Schulschließung per Gesetz vermieden werden kann. – Eine Rückantwort steht noch aus. Dass eine öffentliche Schule gezielt für die



Errichtung einer privaten Schule geräumt werden soll, ist also kein Einzelfall mehr.“

**Auf einer Vertrauensleuteschulung der GEW in Stendal teilte die Leiterin der Grundschule „Petrikirche“ Stendal erfreut mit, dass der Förderverein der evangelischen Grundschule von seinem Vorhaben abgesehen hat die staatliche Grundschule zu verdrängen.**

Foto: privat

## Bündnis für die Angleichung der Renten in den neuen Bundesländern: Rentenangleichung Ost bei Bundeskanzlerin angemahnt

**(EuW) Wenn auch für die Jahre 2012/2013 eine Rentenerhöhung in Aussicht gestellt wurde und dabei erstmalig seit langer Zeit die Rentenerhöhung Ost höher als im Westen sein soll, ist damit nach 27 Jahren deutsche Einheit die versprochene Rentenangleichung Ost noch immer nicht verwirklicht. Die Rentnerinnen und Rentner Ost fordern von ihrer Regierung, endlich das Versprechen einzulösen und die Rente Ost anzugleichen!**

**„Konkrete Vorschläge hat es dazu seit Jahren gegeben. Jetzt wollen wir Taten sehen!“, sagt dazu der Seniorenrat der GEW Sachsen-Anhalt. Er stellt sich voll hinter den am 11. Oktober 2011 verfassten Brief an die Bundeskanzlerin des Bündnisses für die Angleichung der Renten in den neuen Bundesländern, in dem auch die GEW vertreten ist, den wir nachfolgend abdrucken.**

Die Redaktion

„Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, wir wenden uns erneut an Sie als ein breites Bündnis von Gewerkschaften und Sozialverbänden für eine gerechte Angleichung der Renten in den neuen Bundesländern. Es geht uns darum, dass die Politik das Versprechen aus dem Einigungsvertrag nach gleichwertigen Lebensverhältnissen auch für Rentnerinnen und Rentner einlöst.

Am 8.6.2009 hatten Sie mit Ihrer Äußerung anlässlich Ihrer Festrede zur Eröffnung des 9. Deutschen Seniorentages in Leipzig „Ich stehe dazu, dass wir eine solche Angleichung von Ost und West brauchen. Ich würde, wenn Sie mich nach dem Zeitrahmen fragen, sagen, dass das Thema in den ersten beiden Jahren der nächsten Legislaturperiode erledigt sein wird.“ viele Hoffnungen bei den älteren ostdeutschen Mitbürgerinnen und -bürgern geweckt. Im Koalitionsvertrag „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt.“ vom 26.10.2009 wurde dann vereinbart: „Die Koalition wird die Deutsche Einheit weiter voranbringen. Wir halten an

der Zielsetzung fest, die Lebensverhältnisse in Deutschland bis 2019 bundesweit weitgehend anzugleichen.“ (S. 56) und „Das gesetzliche Rentensystem hat sich auch in den neuen Bundesländern bewährt. Wir führen in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West ein.“ (S. 84)

Die erste Hälfte der Legislaturperiode ist nun vergangen, ohne dass von Seiten der Bundesregierung irgendwelche ersichtlichen Anstrengungen unternommen wurden. Viele vermuten, dass das Thema ausgesessen werden soll, bis sich die letzten Betroffenen nicht mehr äußern können.

Wir haben seit dem Seniorentag über 75.000 Unterschriften zur Unterstützung unseres Vorschlags gesammelt und sie am 20.4.2010 Andreas Storm, Staatssekretär im BMAS, übergeben, der seinerseits versprach, eine Lösung noch in dieser Legislaturperiode zu erarbeiten. Weiterhin haben wir mehrere sehr gut besuchte Veranstaltungen zum Thema durchgeführt. Als ein Beispiel übersenden wir Ihnen anbei die Dokumentation der Veranstaltung am 1.7.2010 zu „20 Jahre Rente im vereinten Deutschland“.

Als Bündnis von Gewerkschaften und Sozialverbänden mit anerkannter sozialpolitischer Kompetenz befassen wir uns seit mehreren Jahren eingehend mit der Fragestellung, wie das „Ostrentenproblem“ trotz des ins Stocken geratenen Lohnangleichungsprozesses in sozial verträglicher und finanzpolitisch verantwortbarer Weise gelöst werden kann. Wir haben hierfür ein Modell entwickelt, welches in der Fachwelt als „ver.di-Modell“ diskutiert wird. Unser Modell geht davon aus, dass sich der Angleichungsprozess zwischen Ost und West zwar verlangsamt hat, aber noch nicht zum Stillstand gekommen ist. Kerngedanke ist ein aus Steuermitteln finanzierter stufenweise einzuführender „Angleichungszuschlag Ost“. Mit diesem wird die Anpassung der Renten vorgezogen. Dies dient dem Zweck, die gleiche Bewertung einer vergleichbaren Lebensleistung in Ost und West, wie sie in einem einheitli-

chen Rentenwert zum Ausdruck kommt, für die Rentnerinnen und Rentner auch tatsächlich erlebbar zu machen. Mit abnehmender Lohndifferenz schmilzt der steuerfinanzierte Angleichungszuschlag automatisch wieder ab. Die Systematik des SGB VI muss nicht verändert werden.

Die Grundidee des Angleichungszuschlags lässt sich jedoch ohne weiteres auch dann umsetzen, wenn eine schnelle Vereinheitlichung der Rechtskreise politisch gewollt ist. In diesem Fall würden für Beitragszeiten ab dem Umstellungsdatum einheitliche Rechengrößen gelten und einheitlich der aktuelle Rentenwert (West) Anwendung finden. Beitragszeiten im Beitrittsgebiet vor dem Stichtag müssen nicht auf einen Schlag auf Westniveau angehoben werden, sondern für diese würden vorübergehend weiterhin die alten Rechengrößen angewandt, wobei der aktuelle Rentenwert Ost mittels des Angleichungszuschlags stufenweise auf das Niveau des nunmehr gesamtdeutschen Rentenwerts angehoben würde.

Damit könnte bei einer Vereinheitlichung der Rentenwerte ein leistungsrechtlicher Ausgleich für Bestandsrentnerinnen und -rentner sowie für bis dahin erworbene Anwartschaften der Beschäftigten erreicht werden. Eine Vereinheitlichung der Rentenwerte ohne Leistungsverbesserung kommt dagegen für uns nicht in Betracht.

Die im Bündnis vertretenen Gewerkschaften und Verbände sind offen für pragmatische Lösungen der Ostrentenfrage, so lange eines dabei deutlich wird: Die Politik kann sich aus dem Angleichungsversprechen des Einigungsvertrages und den auch von Ihnen geäußerten Versprechen nicht davonstellen. Die Erfüllung dieser Versprechen wird Maßstab bei den nächsten Bundestagswahlen sein. Die im Bündnis vertretenen Gewerkschaften und Sozialverbände stehen selbstverständlich jederzeit für Gespräche zur Verfügung.“

Bündnis für die Angleichung der Renten in den neuen Bundesländern



Realsatire:

### CDU und GEW einer Meinung?

Manchmal liefert das Leben selbst die schönsten Schmunzler: Die offensichtlich CDU-nahe Sonntagszeitung „ABI FÜR ALLE“ (erscheint im Landkreis Anhalt-Bitterfeld) übertrifft in ihrer im Titel formulierten bildungspolitischen Forderung sogar das Ziel „EINE SCHULE FÜR ALLE“, welches die GEW proklamiert.

Ich weiß gar nicht, ob sich der Herausgeber der Tragweite seiner Forderung bewusst ist. Wenn er dies wirklich will, wozu braucht man dann ein gegliedertes Schulsystem, welches ja vor allem von der CDU als unumstößliche göttliche Offenbarung betrachtet wird und auch durch den CDU-Parteitag in Leipzig nicht korrigiert wurde? Bekanntlicher Weise kann man an der Sekundarschule ja kein Abitur ablegen ... Also, die Konsequenz aus dieser Forderung heißt dann „DAS GYMNASIUM ALS SCHULE FÜR ALLE“ – so nahe waren sich CDU und GEW wohl noch nie ...



DePe

# Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie eine unserer Prämien.



Lorry Bag



Ein Amazon-Gutschein  
im Wert von 38 Euro



„DiXit“ –  
Spiel des Jahres 2018



Ein Büchergutschein im  
Wert von 20 Euro



Ein Laselette



Ein Toaster von Bosch



Ein Bouquet



Vier Cinema-Kinogutscheine



Ein Bosch Wasserkocher



Ein Radio mit MP3-Anschluss



Eine 20-Euro-Spende



Eine 20-Euro-Spende

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern  
unter [www.gew.de/Praemienwerbung.html](http://www.gew.de/Praemienwerbung.html)

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!  
Per Mail: [info@gew-lsa.de](mailto:info@gew-lsa.de) | Per Telefon: (0391) 7355430  
oder per Coupon:

Bitte in Druckfarbe ausfüllen

<input type="text"/>	<input type="text"/>
Vorname/Nachname	GEW-Abteilungsband
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Strasse/Platz	Telefon
<input type="text"/>	Fax
PLZ/Ort	<input type="text"/>
	E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und zurücksenden an:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt  
Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg  
Fax: (0391) 7313405

## Unzumutbare Auswüchse beim Lehrereinsatz: Mit Überlastungsanzeige auf Arbeitssituation reagieren

Fachfremder und auch schulformfremder Einsatz von Lehrkräften gehört schon immer zum Schulalltag. Der wäre ohne dieses Instrument auch überhaupt nicht zu bewältigen.

Unser Schulgesetz enthält dazu im § 30, Absatz 3 klare Aussagen: „Die Lehrerin oder der Lehrer erteilt Unterricht grundsätzlich in solchen Fächern, Schulstufen und Schulformen, für die sie die Lehrbefähigung erworben haben. Darüber hinaus haben sie Unterricht in anderen Fächern zu erteilen, wenn es ihnen nach Vorbildung oder bisheriger Tätigkeit zugemutet werden kann und für den geordneten Betrieb der Schule erforderlich ist.“

Als einzige Ausnahme davon wird im Schulgesetz nur Religionsunterricht genannt. Allerdings wird es analog auch für den Ethikunterricht so praktiziert. Für Sport gilt nach wie vor eine Handreichung von 1997 (Grundsätze, Bestimmungen und Hinweise für den Schulsport in Sachsen-Anhalt), aus der hervorgeht, dass Sport nur dann fachfremd unterrichtet werden darf, wenn der vorgesehene Lehrer in einem entsprechenden Fortbildungskurs grundsätzliches Wissen und Können für die Einhaltung aller Sicherheitsbestimmungen erworben hat. In anderen Fächern, wo eben-

falls spezielle Sicherheitsvorschriften gelten (Chemie, Physik, Technik) müsste man sich genau so verhalten, wollte man nicht Gefahr laufen, erhebliche Sicherheitsrisiken für die Schüler einzugehen.

Die Personalratsmitglieder beobachten seit geraumer Zeit eine Tendenz, die ihre Ursache ganz sicher in der veränderten Personalsituation hat. Wir vollziehen gerade in allen Schulformen nach und nach den Wechsel vom vermeintlichen Personalüberhang zum Personalmangel. Da wird es schwierig, den Unterricht weitgehend mit den richtigen Fachlehrern zu erteilen. Zudem gibt es Gegenden in Sachsen-Anhalt (Altmark, Anhalt), in denen sogar wiederholte Stellenausschreibungen erfolglos bleiben, weil Absolventen einfach nicht dorthin wollen. Damit der Unterricht überhaupt erteilt wird, greift fachfremder Einsatz um sich. Und inzwischen viel zu oft werden dann die Bestimmungen aus dem Schulgesetz ignoriert.

So lange beispielsweise ein Mathematiklehrer aus seiner Neigung heraus gern Musik unterrichtet, ist alles in Ordnung. Was aber, wenn man ihn auf „Teufel komm raus“ dazu zwingen will?

Oder wenn Gymnasiallehrer plötzlich an Förderschulen eingesetzt werden sollen, weil dort einfach Lehrkräfte fehlen?

Diese Situationen gibt es und verzweifelte Lehrkräfte haben sich an die Personalräte um Hilfe gewandt. Sie sehen sich mit den zugewiesenen Aufgaben völlig überfordert und befürchten zu Recht, für die zu erwartende schlechte Arbeitsleistung sowohl von den Schülern und deren Eltern, als auch vom Dienstherrn gerüffelt zu werden.

Hier kann eine Überlastungsanzeige zumindest etwas helfen. In einer Überlastungsanzeige informiert der Beschäftigte auf dem Dienstweg das Personalreferat im Landesverwaltungsamt (künftig Landesschulamt) unter Darlegung der konkreten Gründe darüber, warum er der zugewiesenen Aufgabe nicht gewachsen ist und bittet um Verbesserung seiner Arbeitssituation. Die GEW Sachsen-Anhalt hat ein Formular für eine solche Überlastungsanzeige auf ihrer Homepage im Mitgliederbereich eingestellt, das sich unsere Mitglieder herunter laden können. Wenn darüber hinaus Beratungsbedarf besteht, sollten sich die betreffenden Kollegen an unsere Personalräte oder an die GEW-Rechtsstelle wenden.

Rolf Hamm

## Altersteilzeit-Anhörung im Petitionsausschuss: Entscheidung noch zurückgestellt

(EuW) Wie bereits kurz berichtet, hatte der Petitionsausschuss des Landtages am 3. November 2011 die Vertreter unserer Petition für eine vertragsgemäße Umsetzung des Altersteilzeitvertrages zu einer Anhörung eingeladen. In der Sache geht es bei den Protesten der Betroffenen darum, dass das Land bei der Berechnung der Aufstockungsbeträge, die bei Altersteilzeit zusätzlich zum reduzierten Gehalt zu zahlen sind, die Steuererleichterung von Anfang 2010 nicht weitergibt, sondern selbst einstreicht. Darüber hatten sich mit der Unterstützung der GEW mehr als 300 Beschäftigte in einer Massenpetition beim

terte der GEW-Landesvorsitzende Thomas Lippmann den letztlich sehr einfachen Weg, wie diese Ungerechtigkeit schnellstmöglich aus der Welt zu schaffen ist. Das Land als Arbeitgeber muss die Aufstockungsbeträge nach der vertraglich vereinbarten Berechnungsmethode selbst korrekt berechnen, wenn diese Aufgabe nicht mehr wie zuvor von bestimmten Bundesministerien erledigt wird.

Darauf hatte bereits vor Monaten das Bundesministerium für Arbeit und Soziales in seiner Antwort auf die auch dort eingegangenen Proteste und Forderungen hingewiesen. Den Altersteilzeit-Beschäftigten sind vertraglich 83 Prozent ihres bisherigen Nettoeinkommens zugesichert worden und die müssen sie auch erhalten. Wenn sich Steuern oder Abgaben ändern, die das Nettoeinkommen beeinflussen, sind diese auf die Berechnung der Aufstockungsbeträge anzuwenden- und zwar durch den jeweiligen Arbeitgeber. Das sehen inzwischen auch verschiedene Arbeitsgerichte so, die sich wegen entsprechender Klagen mit dieser Frage beschäftigen mussten.

In den anschließenden Fragerunden der Abgeordneten wurde deutlich, dass das Anliegen der Petition verstanden und die Forderung der Kolleginnen und Kollegen als nachvollziehbar und gerechtfertigt angesehen wurde. Unsicher war man sich aber, ob das Land tatsächlich allein handeln kann oder ob dazu nicht die Zustimmung der anderen Bundesländer oder eine neue bzw. zusätzliche Vereinbarung der Tarifvertragsparteien erforderlich ist. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass dies einem „Schwarzer-Peter-Spiel“ gleicht, für das die Kolleginnen und Kollegen kein Verständnis haben. Nach unserer Auffassung kann und muss das Land selbst handeln und darf nicht weiter mit dem Finger auf andere zeigen, wenn die vielfach abgegebenen Versprechen von Ministern und Landtagsfraktionen, eine

Lösung im Sinne der Beschäftigten zu unterstützen, nicht gelogen waren.

Inzwischen liegt uns ein Zwischenbescheid des Petitionsausschusses vor, der darüber informiert, dass es noch keine Empfehlung gibt und weiterer Beratungsbedarf besteht. Die Petition sei daher vorerst zurückgestellt. Wir verstehen dies so, dass wohl eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes in den anhängigen Klagen aus Berlin abgewartet werden soll. Das war allerdings nicht unser Ziel, denn den Klageweg zu verfolgen und rechtzeitig selbst Klagen einzureichen, können wir auch ohne den Petitionsausschuss. Wir wollten eine politische Entscheidung und keine juristische. Wir wollten ein Bekenntnis der Landesregierung zu den Versprechen und Garantien, die sie ihren Beschäftigten gegeben hat, ein Bekenntnis zur gleichen Behandlung aller Beschäftigten, die sich in Altersteilzeit befinden, denn der angeprangerte Betrug betrifft nicht alle Altersteilzeit-Beschäftigten sondern nur eine bestimmte – wenn auch die größte – Gruppe. Aber politisches Handeln und politische Fairness sind wohl in Zeiten von Haushaltsnot und Kürzungsplänen nicht zu erreichen. Da regiert der Rotstift, wo auch immer sich eine Gelegenheit bietet.

**Für alle, die ihre Ansprüche bereits geltend gemacht haben, besteht derzeit noch nicht die Notwendigkeit, zu deren Durchsetzung Klage zu erheben. Dafür ist bis Ende 2013 Zeit, so dass in der Tat für den gerichtlichen Weg voraussichtlich eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes abgewartet werden kann.**

**Alle anderen, die ihre Ansprüche noch nicht geltend gemacht haben, sollten dies unverzüglich tun. Die Landesrechtsstelle der GEW leistet dabei die notwendige Unterstützung.**

### Mindestnetto: 2008 Lebenshaltungskosten: 2011

Für einen Tarifvertrag zum Mindestnetto für Altersteilzeit in Sachsen-Anhalt.

GEW Sachsen-Anhalt

Landtag beschwert. Die Anzahl der Petitionen aber auch die Brisanz und Aktualität des Themas waren wohl Grund genug für den Petitionsausschuss, die Angelegenheit sehr ernst zu nehmen und erstmalig in dieser Legislatur zu einer öffentlichen Anhörung einzuladen.

Neben den Vertretern der Massenpetition und der GEW waren auch Vertreter der Landesregierung, d.h. des Finanzministeriums, eingeladen. Zunächst konnte Rolf Hamm als Vertreter der Petenten den Abgeordneten sehr klar und nachvollziehbar erklären, warum er sich seit dem 1. Januar 2010 durch seinen Arbeitgeber, das Land Sachsen-Anhalt, getäuscht und betrogen fühlt und welches Ausmaß dieser Betrug über die Laufzeit seines Altersteilzeit-Vertrages annehmen wird. Anschließend erläu-



Die bei Wikipedia zu findende Definition für Prekariat lautet: „Prekariat ist ein Begriff aus der Soziologie und definiert ‚ungeschützte Arbeitende und Arbeitslose‘ als eine neue soziale Gruppierung. Der Begriff selbst ist

## Jugendarbeit in Sachsen-Anhalt: Arbeitsfeld und Arbeitsverhältnisse misslich und bedenklich

ein Neologismus, der vom Adjektiv prekär (schwierig, misslich, bedenklich) analog zu Proletariat abgeleitet ist. Etymologisch stammt das Wort ‚Prekariat‘ vom lat. *precarium* = ein bittweises, auf Widerruf gewährtes Besitzverhältnis (Prekarium).“ Der Duden gibt unter prekär nur wie bei Wikipedia an: „(franz.) (misslich, schwierig, bedenklich)“.

Kann die Kinder- und Jugendarbeit in einem Bundesland unter misslichen Verhältnissen stehen? Können die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in diesem Bereich schwierig und misslich sein? Kann schließlich die Kinder- und Jugendarbeit in einem Land und seinen für diesen Bereich zuständigen Kommunen schwierig und gar bedenklich sein? Die Antwort lautet durchgängig: Alles trifft zu und manches dieser Attribute wirkt noch geschönt!

In den zwei nachfolgenden Beiträgen wird der Beweis angetreten. Die finanzielle Ausstattung der Landkreise, Verwaltungseinheiten und Städte ist so, dass für so genannte „freiwillige Aufgaben“ kaum etwas eingeplant werden kann. Das ist misslich und mehr als bedenklich, weil damit die Kinder- und Jugendarbeit immer mehr unter die Räder kommt. Die aktuellen Debatten über das Finanzausgleichsgesetz des Landes zeigen, dass es nach dem Willen des Finanzministers weiter abwärts gehen soll.

Die Folgen schlagen sich dann in Finanzierungsgebaren nieder, wie sie gegenwärtig durch die Stadt Halle praktiziert werden. Die Leidtragenden sind immer die Kinder und Jugendlichen. EuW sprach darüber mit der Geschäftsführerin des Kinder- und Jugendringes Sachsen-Anhalt, Nicole Stelzer. Mit der prekären Situation der Kommunalfinanzen und anderer Programme zur Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit, z.B. zum Nachteilsausgleich,



© WWW.SW-KOMMUNIKATION.NET

sind aber auch immer Beschäftigungsverhältnisse und -bedingungen verbunden.

Wie eine im Folgenden zusammengefasste Studie belegt, sind diese nun wirklich im direkten Sinne prekär. Wenn 44 Prozent der Beschäftigten dieses Bereiches befristete Arbeitsverträge haben, spricht das für sich. Wenn aber auch unbefristete Verträge immer in Finanzierungsgefahr sind, wird die Realität nicht nur misslich.

Der Autor der Studie, Prof. Dr. Peter-Ulrich Wendt, zeigt die Folgen für diesen doch so wichtigen Beschäftigungsbereich unserer Gesellschaft. Er empfiehlt den Betroffenen aber auch, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Vielleicht kann die Lektüre der folgenden Seiten, diese Empfehlung stützen. Die GEW Sachsen-Anhalt bietet sich als Partnerin für die Beschäftigten in der Kinder- und Jugendarbeit an: Für den sozialen Kampf um bessere Arbeitsbedingungen aber auch für den politischen Kampf um die Finanzierung der „freiwilligen Aufgaben“.

## Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt schlägt Alarm: Durch Kürzungspolitik vor die Tür gesetzt

Am 8. Oktober 2011 hatten die Freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Halle im Jugendhilfeausschuss erfahren, dass sie für die vereinbarten und bereits erbrachten Leistungen des Jahres 2011 aller Voraussicht nach nur mit 80 Prozent der eingeplanten Gelder rechnen könnten. Wenige Tage darauf hatten die ersten Jugendclubs und Jugendhäuser die Schließung ihrer Einrichtungen und die sofortige Kündigung des Personals erwogen. Am 7. November wurde dies dann zur Realität.

Für EuW sprach über diese Entwicklung Hans-Dieter Klein mit Nicole Stelzer,

Geschäftsführerin des Kinder- und Jugendrings Sachsen-Anhalt e.V. (KJR LSA).

Die Redaktion

Nicole, entschuldige, wenn ich dich zuerst nach ganz persönlichen Eindrücken frage. Was hast du eigentlich empfunden, als der Kinder- und Jugendarbeit in Halle in einem Handstreich buchstäblich die Beine weggeschlagen wurden?

So oft, wie in den letzten Tagen, habe ich mir lange nicht mehr gewünscht, aus einem bösen Traum aufzuwachen. Hier wird innerhalb von Tagen kaputt gemacht, was über Jahre gewachsen ist. Der KJR LSA bewundert, wie

besonnen die Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und ehrenamtlichen Vorstände der einzelnen Einrichtungen derzeit versuchen, mit der Situation umzugehen. Mir wäre schon längst der Kragen geplatzt! Besonders brisant ist die Lage für die Kinder und Jugendlichen in Halle. Sie werden in Kürze vor vielen verschlossenen Türen stehen.

Was bedeutet das eigentlich praktisch für die Kinder und Jugendlichen? Pädagogische Arbeit ist doch schließlich kein Eintagsgeschäft, das man mal so beenden kann? Geht das überhaupt, einfach zu sagen: „Geld alle – Tür zu“? →



Veränderungen sind nicht gerade positiv. Nun zum Kern deiner Frage: Wir sind als KJR LSA zudem über die Auslegung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes durch die Stadt Halle verwundert. Es ist korrekt, dass die Stadt Halle einen gewissen Ermessensspielraum hat, was die Höhe und die Art und Weise der Förderung der Kinder- und Jugendarbeit angeht. Das bedeutet aber nicht, dass man im laufenden Jahr einfach mal eben mit einem Fingerstreich die ursprünglich vorgesehene Summe um zwanzig Prozent kürzen kann.

**Ich habe den Vorgang ja auch nur über Nachrichtenmeldungen erlebt. Ist solches Vorgehen üblich?**

Gerade das empört uns besonders: Im Rathaus wird den Beschäftigten im Oktober auch nicht gesagt: „Schön, dass ihr so gut gearbeitet habt, aber jetzt könnt ihr nach Hause gehen, das Geld ist leider nicht da.“ Genauso verhält sich aber die Stadt gegenüber den Freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe. Diese Vereine und Verbände erhalten Fördermittel, damit sie Jugendclubs öffnen oder Bildungs- und Ferienangebote für Kinder und Jugendliche organisieren. Der gesellschaftliche Auftrag von Kinder- und Jugendarbeit ist gesetzlich normiert. So wird geregelt, dass die verschiedenen Ebenen, welche Kinder- und Jugendarbeit anbieten, dieses im Auftrag der jeweiligen Länder, Kreise bzw. Gemeinden tun. Sie übernehmen damit Aufgaben der Öffentlichen Hand und werden zur Erfüllung dieser mit Fördergeldern bedacht. Die Verantwortlichen der Jugendverbände und anderen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe haben sich wie in den letzten Jahren auch auf die Aussagen und Signale der Verwaltung und der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker verlassen. Bereits in den Vorjahren war im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung und des Fehlens eines beschlossenen Haushaltes zeitweise mit Abschlagszahlungen gearbeitet worden. Am Ende erfolgte jedoch immer eine Auszahlung zu 100 Prozent der in der Jugendhilfeplanung vorgesehenen Mittel. Dafür, dass dies in diesem Jahr anders sein sollte, gab es aus Sicht der Freien Träger aus der Stadtverwaltung keine klaren Signale. Es wurde zwar formell auf die vorläufige Haushaltsführung verwiesen, aber es gab immer wieder das Ansinnen, dass es in den letzten Jahren geschafft wurde und man es auch dieses Jahr wieder bekommen könnte. Anfang September wurden sogar noch zusätzliche Projekte genehmigt und gestartet. Das Ganze ist schon als fahrlässig zu bezeichnen. Die Stadt löst ihr Finanzproblem; die Freien Träger tragen das volle Risiko.

### Was heißt das praktisch?

Bis auf die Tatsache, dass nur 80 Prozent der Mittel als Abschlagszahlung ausgezahlt werden, gibt es keine weiteren Aussagen wie Fördermittelbescheide oder Verträge für das laufende Jahr. Eine Ausnahme dabei sind die durch das Land finanzierten 13,5 Personalstellen aus dem Fachkräfteprogramm. Nur bei diesen Stellen werden die Personalkosten voll finanziert. Alle anderen Personalstellen und Sachausgaben der Projekte sollen nur anteilig gefördert werden. Da das Jahr fast um ist, können die fehlenden 20 Prozent aber nicht mehr über das Jahr verteilt „eingespart“ werden. Die Träger stehen vor dem akuten Problem, Personal zu entlassen und im Zweifel als Verein einen Insolvenzantrag stellen zu müssen. Für Vereine bedeutet dies zwingend deren Auflösung. Mit diesen Problemen stehen die Freien Träger nun allein da. Ein partnerschaftlicher fairer Umgang zwischen freien und öffentlichen Trägern im Sinne der Kinder und Jugendlichen sieht aus unserer Sicht anders aus.

### Bringt die Kürzungspolitik gegenüber den Kommunen nicht aber zwangsläufig mit sich, dass die so genannten freiwilligen Leistungen auf der Strecke bleiben müssen?

Uns ist klar, dass der Spielraum bei den Kommunen und beim Land sehr eng ist. Eine bessere kommunale Ausstattung ist daher sehr wichtig. Auf der anderen Seite gibt es aus unserer Erfahrung immer Spielraum. Es ist oft eine Frage der Lobby und einer klaren Prioritätensetzung seitens der Stadt, ob eine Straße, ein neues Stadion, eine neue Schwimmhalle gebaut werden oder ob Angebote für junge Menschen bereitgestellt werden. In Sachsen-Anhalt ist zudem die Tendenz zu beobachten, dass sich die Kommunen immer stärker aus dieser Pflicht zurückziehen. Das, was an Angeboten noch da ist, wird über die Jugendpauschale und das Fachkräfteprogramm des Landes bezahlt – das kann nicht sein! Kinder- und Jugendarbeit muss von den Kommunen bereitgestellt werden, so ist es im achten Sozialgesetzbuch – dem Kinder- und Jugendhilfegesetz – festgeschrieben. Allerdings ist nicht festgehalten, in welchem Umfang. Wir als KJR LSA setzen uns daher zusammen mit dem Deutschen Bundesjugendring für eine deutliche Konkretisierung des achten Sozialgesetzbuches ein. Man muss dabei aber auch beachten, dass Halle andere Probleme im sozialen Sektor hat als viele Landkreise. Der Bedarf ist hier wesentlich höher. Die Stadt und die freien Träger benötigen hierfür eine Unterstützung vom Land und vom Bund – zum einen mit finanziellen Mitteln, aber auch mit einer Art „Minderheitenschutz“ für diesen Bereich, der die Aufgaben gesetzlich verankert. Es kann nicht sein, dass Kinder und Jugendliche darunter leiden, dass Kinder- und Jugendarbeit überall fälschlicherweise als „freiwillige Leistung“ angesehen wird. Kinder und Jugendliche haben mehr verdient als Politik nach Kassenlage!

### Ist Halle ein Einzelfall oder gibt es auch in anderen Kommunen ähnliche Entwicklungen? Wie sieht die Perspektive im Zusammenhang mit den zukünftigen Bedingungen der Landeszuweisungen an die Kommunen aus?

Ich hatte ja bereits angedeutet, dass sich die Kommunen immer mehr aus der Finanzierung zurückziehen. Sie ruhen sich auf

→ Wer mit Kindern und Jugendlichen gearbeitet hat, der weiß, wie wichtig es ist, dass diese feste Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner haben. Beziehungen müssen wachsen, Vertrauen muss aufgebaut werden. Nur wenn dies gelingt, sind Kinder und Jugendliche auch bereit, über ihre Ideen, Bedürfnisse, aber auch Probleme zu sprechen. Gerade in Akutsituationen ist so etwas sehr wichtig. Auch wenn nicht alle Einrichtungen gleich geschlossen werden, ist doch zumindest deutlich weniger Personal vor Ort. Eine aktuelle Studie der Fachhochschule Magdeburg-Stendal hat gezeigt, dass die Zeit, die die Fachkräfte für Kinder und Jugendliche haben, bisher schon viel zu knapp war. Dieses Problem verschärft sich jetzt deutlich! Die Folge: keine Zeit für spannende Angebote und Projekte, Partizipation, intensive Gespräche und Hilfsangebote, stark eingeschränkte Öffnungszeiten. Damit werden alle Einrichtungen für Kinder und Jugendliche uninteressanter. Kinder und Jugendliche brauchen mehr als einen warmen Raum und jemanden, der die Türen auf- und zuschließt!

### Ist das Vorgehen der Stadt Halle eigentlich legitim?

Nun, ich will zuerst mal auf die jugendpolitische Dimension eingehen: Mit ihrem Vorgehen schadet die Stadt Halle im besonderen Maße sich selbst. Wir vermitteln Kindern und Jugendlichen, dass es wichtig, richtig und möglich ist, sich in die Gesellschaft einzubringen. Kinder und Jugendliche können sich mit ihren Ideen in den Jugendclubs beteiligen, zum Beispiel auch an Projekten wie der U18-Wahl. Jetzt müssen die Fachkräfte in den Jugendclubs erklären, warum Gelder nicht da sind, Projekte nicht stattfinden, Öffnungszeiten eingeschränkt und Häuser komplett geschlossen werden. Wenn Kinder und Jugendliche solche Situation erleben, dann verändert das ihren Blick auf die Politik und auf die Erwachsenen. Und diese



→ den Landesprogrammen aus. Problematisch ist, dass es hier zum Jahreswechsel 2010/2011 aber auch schon zu Einsparungen gekommen ist. In allen Landkreisen und kreisfreien Städten sind dadurch Fachkräftestellen weggefallen oder Stunden reduziert worden. Ziel muss es sein, die Kommunen wieder stärker in die Pflicht zu nehmen. Am Anfang mussten die Kommunen beispielsweise die Jugendpauschale gegenfinanzieren. Jeder Euro, der vom Land kam, wurde damit verdoppelt. Ich würde mir wünschen, dass wir wieder dahin zurückkommen. Beide, sowohl Land als auch Kommune, sind in der Pflicht, für ihre Kinder und Jugendlichen zu sorgen und die Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit sicherzustellen. Die Argumentation, dass vor Ort besser und zielgerichteter über die Mittelvergabe entschieden werden kann, trifft für diesen Bereich nur bedingt zu. Die anteilige Gegenfinanzierung der Landesprogramme (Jugendpauschale und Fachkräfteprogramm) durch die Kommunen begründet sich auch in der gemeinsamen Verantwortung für die „Landeskinder“. Der eine kann sich nicht auf den anderen verlassen.

**Als KJR seid ihr natürlich besonders an der Wahrnehmung der Interessen der Kinder und Jugendlichen dran. Uns als Gewerkschaft brennen natürlich noch ganz andere Fragen auf den Nägeln. Was wird aus den Kolleginnen und Kollegen, die ihre Arbeitsplätze auf diese Art gefährdet sehen? Ich meine dabei sowohl die Beschäftigung wie auch die Räume, in denen sie tätig sind. Was kann man zu ihrer Perspektive sagen?**

Dazu können wir leider noch gar nichts sagen. Sehr viel wird nun davon abhängen, wie stark der Druck auf die Stadt Halle ist. Im Moment erleben wir ja zudem nur die Spitze des Eisberges. Die große Frage ist, wie

geht es am 1. Januar 2012 weiter, wenn es schon in diesem Jahr keine rechtsverbindlichen Förderzusagen gibt. Da wir bereits November haben, kann ich sagen, dass ich jeden freien Träger in Halle verstehen kann, der sagt, ohne klare Rechtsgrundlage bin ich nicht mehr bereit, ab dem nächsten Jahr Angebote der Kinder- und Jugendarbeit zu unterbreiten. Das hat auch etwas mit Personalverantwortung zu tun.

Grundsätzlich erkennen wir immer wieder, dass die Situation für die Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit seit langem schwierig ist. Wir hören immer wieder von untertariflicher Entlohnung, Verzicht auf Sonderzahlungen und gar Stundung von Gehalt. Das Engagement vieler Fachkräfte ist überdurchschnittlich hoch für „ihre“ Kinder und Jugendlichen. Mit der Studie zur Arbeitsbelastung, die ich schon erwähnt habe, wollen wir hier noch einmal deutlich darauf einen Fokus legen, um endlich diese Arbeitsbedingungen dauerhaft zu verbessern. Hier wünschen wir uns die deutliche Unterstützung der Gewerkschaften!



© WWW.SW-KOMMUNIKATION.NET

**Im vergangenen Jahr ist es uns erstmals gelungen, eine ehrenamtliche Gruppe von Beschäftigten aus diesem Bereich zusammen zu bringen. Trotzdem wird es nicht leicht sein, Wirkung bei den Arbeitgebern zu erzielen. Es bedarf tatsächlich einer politischen Umsteuerung. Daran muss und wird sich die GEW beteiligen.**

## Arbeitssituation in der Jugendarbeit Sachsen-Anhalts:

### Soziale Arbeit – ausgebrannt und abgelegt?

Ende 2011 ist das Thema „burnout“ (wieder einmal) en vogue: In den Medien hat es Konjunktur, allerlei Ratgeberliteratur ist erschienen. Hier tut sich ein Markt auf, der es in sich hat. „Burnout“ ist schon länger Thema arbeitsmedizinischer Dienste und Krankenkassen schlagen Alarm: Das Robert-Koch-Institut stellt fest, dass 40,4 Prozent der 18- bis 65jährigen über Zeitdruck klagen, 23,5 Prozent der 30- bis 44jährigen Männer und 14,9 Prozent der gleichaltrigen Frauen schätzen die Gesundheitsgefährdung durch ihre Arbeit hoch (d.h. „stark“ oder „sehr stark“) ein und 8,8 Prozent der Frauen sowie 7,2 Prozent der Männer nehmen Belastungen durch die Unsicherheit ihres Arbeitsplatzes war (vgl. Kroll/Müters/Dragano 2011). Aktuelle Literatur zu Prozessen beruflichen Ausbrennens in der Sozialen Arbeit ist dagegen rarer (vgl. z.B. Poulsen 2009, Maroon 2008, Reiners-Krönke/Röhrig/Specht 2010) und im Besonderen im Blick auf die Kinder- und Jugendarbeit kaum vorhanden, ebenso wenig aus der Fachpraxis selbst.

Es sind Äußerungen wie die nachfolgenden, die aufmerksam machen: „Fachkräfte spielen eine tragende Rolle in der Kinder- und Jugendarbeit in Sachsen-Anhalt. Sie sorgen gemeinsam mit Ehrenamtlichen für vielfältig pädagogisch gestaltete Angebote, für die Organisation von Veranstaltungen und Schulungen, für die

Bearbeitung von Förderanträgen sowie für die Anleitung und Betreuung von Honorarkräften und Arbeitsgelegenheiten (AGH Ein-Euro-Jobs). Hierbei sind sie in Einrichtungen, Vereinen und Verbänden oft als einzige hauptamtliche Fachkraft tätig und für das gesamte Spektrum der anfallenden Aufgaben verantwortlich. Das Berufsfeld ist zudem geprägt durch eine sich schnell wandelnde Zielgruppe, auf die sich die Fachkräfte immer wieder neu einstellen müssen.“ – „Neben diesen inhaltlichen Rahmenbedingungen stehen äußere Rahmenbedingungen, die sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert haben: Vermehrt Teilzeitstellen, Arbeitsverdichtung, unregelmäßige Arbeitszeiten, fehlende ideelle und materielle Anerkennung, erhöhter Verwaltungsaufwand sowie unklare persönliche und einrichtungsbezogene Zukunftsperspektiven. Trotz allem gelingt es Fachkräften immer wieder, sich für die eigene Arbeit zu motivieren und mit Kindern und Jugendlichen gemeinsam etwas auf die Beine zu stellen.“

#### Rasanter Stellenabbau

Der Kinder- und Jugendring des Landes Sachsen-Anhalt spricht davon, dass sich in den letzten Jahren Veränderungen ergeben hätten, und er verweist z.B. auf den Wegfall der Gegenfinanzierungspflicht der Jugendpau-

schale 2004, die Reduzierung des Fachkräfteprogramms, eine fehlende Anpassung der für den Bereich Jugendbildung zur Verfügung stehenden Landesmittel, die Verdichtung des Verwaltungsaufkommens, desolante Budgets, eine verstärkte Konkurrenz der Träger um Fördermittel, die direkt oder indirekt Auswirkungen auf die Arbeitssituation von Fachkräften in der Kinder- und Jugendarbeit haben. Vor allem werden Stellenreduzierungen, einhergehend mit Arbeitsverdichtung beim bestehenden Personal, der verstärkte Einsatz von AGH/Ein-Euro-Jobs, deren Anleitung den Fachkräften obliege, gesunkene Möglichkeiten für den Austausch („Einzelkämpfer/innen“ bzw. fehlende Möglichkeiten für Fortbildung/Supervision), Prozesse beruflichen Ausbrennens und weniger Zeit für die Zielgruppen durch gestiegenen Verwaltungsaufwand registriert. Die Daten aus der Erhebung zur Statistik der Kinder- und Jugendhilfe im Jahre 2006 zeigten ein negativ-dynamisches Arbeitsfeld, in dem im Verhältnis zur vorhergehenden Erhebung im Jahr 2002 von den damals registrierten 1.252 Vollzeitstellen (sog. „Vollzeitstellenäquivalente“) nahezu vier von zehn Stellen (d.h. rund 500) verloren gegangen waren (auf 771 Vollzeitstellen). Schon in diesem Licht verdeutlicht sich, dass es sich bei der Problemskizze aus dem Kinder- und Jugendring Sachsen-





➔ Anhalt also nicht bloß um „szenetypisch interessierte Alarmmeldungen“ gehandelt haben kann.

Der Kinder- und Jugendring des Landes Sachsen-Anhalt ist deshalb an den Autor herangetreten, eine Überblicksstudie zur Arbeitssituation und -belastung der Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit anzufertigen, die im Frühsommer 2011 realisiert werden konnte. Nachstehend werden wichtige Kernergebnisse berichtet, mit einer ausführlicheren Publikation ist Mitte 2012 zu rechnen. Zusammenfassend sei ausdrücklich vermerkt, dass es sich nicht um eine „burnout“-Studie unter Fachkräften der Kinder- und Jugendarbeit handelt; im Fokus stand deren Arbeitssituation und damit auch Arbeitsbelastung: das mochte allerdings (Rück-)Schlüsse in Bezug auf Phänomene beruflichen Ausbrennens zulassen.

### Deutliche Trends erkennbar

Daten aus der Erhebung zur Statistik der Kinder- und Jugendhilfe im Jahre 2010 lagen zum Zeitpunkt der Auswertung des Datensamples (noch) nicht vor. Ernstzunehmenden Hinweisen folgend dürfte die Zahl der in der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Fachkräfte (Vollzeitstellenäquivalente) bis 2010 nochmals gesunken sein, womöglich auf ca. 700. Bezogen auf diese Basiszahl wurde die Hälfte der Fachkräfte durch den Kinder- und Jugendring eingeladen, sich an der Befragung zu beteiligen. Die Beteiligungsquote erreichte schließlich rund 36 Prozent. Das Sample kann daher – in Bezug auf die bekannten Daten zur Trägerverteilung, dem Status der Fachlichkeit/Akademisierung des Handlungsfeldes und der Verteilung nach Geschlecht – als ein Spiegelbild aller 700 Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit in Sachsen-Anhalt und durchaus repräsentativ gelten.

Die vorliegenden Daten legen es nahe, die Studie als Sondierung zu verstehen, die es erlaubt, (erste) Trends zur Arbeitssituation

von Fachkräften der Kinder- und Jugendarbeit im Land Sachsen-Anhalt und im Blick auf ihre Wahrnehmung von Prozessen beruflicher Arbeitsbelastung zu formulieren; beispielhaft seien im Folgenden drei zentrale Aspekte näher beschrieben:

### Prekarium als zentrale Modalität der Arbeitssituation

In Bezug auf den Umgang mit als belastend wahrgenommenen Arbeitsbedingungen in der Kinder- und Jugendarbeit muss der Begriff „Unsicherheit“ als zentrale qualitative Klammer verstanden werden: 44 Prozent der befragten Fachkräfte sehe ihre berufliche Zukunft als gesichert an, darunter aber

nur 21 Prozent uneingeschränkt; 35 Prozent machen sich „große Sorgen“ und 11 Prozent sehen ihre Zukunft erst gar nicht in der Kinder- und Jugendarbeit. Insgesamt bewegt sich die berufliche Zufriedenheit (einzuschätzen auf einer Skala von 0 bis 100) in einer Größenordnung von rund zwei Drittel des maximal Möglichen (68 Punkte). In den Passagen, in denen die Befragten zu offenen Äußerungen eingeladen wurden, wird deutlich, wie groß die Unsicherheit über die berufliche Zukunft tatsächlich ist und wie sie wie Mehltau lähmend auf die Erledigung der Aufgaben in der Jugendarbeit wirkt.

Die Arbeitsbedingungen sind entsprechend: 44 Prozent arbeiten in befristeten Beschäftigungsverhältnissen, hier 78 Prozent in Arbeitsverträgen, die eine Laufzeit von weniger als zwei Jahren haben. Bei fast 30 Prozent war das Beschäftigungsverhältnis wenigstens einmal unterbrochen. 42 Prozent arbeiten auf der Basis von Teilzeitarbeitsverträgen. In einem von drei Fällen werden Mehrarbeitszeiten nicht erfasst, die in einem von sechs Fällen zudem auch nicht durch Freizeitausgleich kompensiert werden können. Einen Ausgleich durch Ausbezahlung von Überstunden gibt es nahezu nicht. Kurzum: Von den in der Kinder- und Jugendarbeit Beschäftigten wird vor dem Hintergrund einer in weiten Teilen spürbaren Unsicherheit in Bezug auf die berufliche Perspektive ein Höchstmaß an Flexibilität erwartet. Der neoliberal konnotierte Begriff der „flexicurity“ findet hier ein weiteres Beispiel. Es liegt daher nahe, von einem „Prekarium“ [Beim „Prekarium“ (lat. precarium) handelt es sich um einen aus der Rechtswissenschaft entlehnten Begriff, der ein auf eine Bitte hin widerrufbar gewährtes Besitzverhältnis kennzeichnet, bei der der Verleiher die verliehene Sache willkürlich jederzeitig zurückfordern kann; im Bild gesprochen: Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit erleben sich in der Rolle der Bittsteller, die eine jederzeit wider-

rufbare Förderung/Unterstützung erhalten, der sie sich nicht wirklich sicher sein dürfen.] als zentraler Rahmung der Arbeitssituation zu sprechen. So wurden nicht in erster Linie eine überbordende Bürokratie (immer noch auf Platz Nr. 2 als ungünstig empfundener Rahmenbedingungen), ungünstige gesellschaftliche Rahmenbedingungen, (offenbar trägerspezifisch) schwierige Arbeitsbedingungen, fehlende (öffentliche) Wertschätzung, die Probleme der Zielgruppe oder die (im Verhältnis zu den Aufgaben hin und wieder) mangelnde Qualifikation als primäres Problem gesehen, sondern das Prekarium. Dieses Prekarium kennzeichnet beispielhafte Aussagen insbesondere zu unklaren Finanzen („Landesmittel zu gering“, „Finanzen fehlen“), Befristungen (z.B. „Unsicherheit, ob Fördermittel weiterhin gezahlt werden“, „finanzielle Mittel werden nicht pünktlich oder gar nicht gezahlt“, „verspätete Zuwendungsbescheide und fehlende finanzielle Zuweisungen, teilweise bis zu fünf Monaten später“, „wenn die kommenden Zuwendungen ungeklärt sind, Gerüchte über Entwicklungen der Förderung“), fehlenden Arbeitsverträge (z.B. „unsichere Berufsperspektive“), der Problematik prekärer Beschäftigungsverhältnisse (z.B. „wenn ich nicht weiß, wie es in Zukunft weitergeht“, „nicht zu wissen, was morgen kommt, wie es weitergeht“) und dem Einsatz von so genannten „Ein-Euro-Jobbern“ bzw. die Forderung nach verbesserten Rahmenbedingungen.

Damit korrespondiert, dass (gemessen auf einer Skala von 0 bis 100) die Fachkräfte die ihnen zur Erledigung ihrer Aufgaben zur Verfügung stehenden Ressourcen skeptisch einschätzen: Die Gestaltungsmöglichkeiten am eigenen Arbeitsplatz werden noch mit 66 Punkten relativ günstig beurteilt, während die Ressourcen „Zeit“ (58 Punkte), „Unterstützung durch Dritte“ (47 Punkte), „Geld“ (45 Punkte) und „Personal“ (44 Punkte) bereits als kritische Bewertungen zu betrachten sind. Dabei wird die Unterstützung durch den Träger mit 73 Punkten und der Grad der Fairness in der Behandlung durch den Träger (z.B. durch dessen Beauftragte: Vorgesetzte) noch mit 80 Punkten eingeschätzt.

### Schwindendes Engagement

Kinder- und Jugendarbeit als in besonderem Maße beziehungsgestützte Soziale Arbeit ist auf den Einsatz der hier tätigen Fachkräfte angewiesen: Dem Land Sachsen-Anhalt drohen (beachtliche) Einbußen in Bezug auf den Umfang und die Stärke dieses Engagements (das die Fachkräfte derzeit mit 87,2 von 100 möglichen Punkten einschätzen). Zunächst einmal weisen 70 Prozent der Befragten aus, mehr Einsatz in die Kinder- und Jugendarbeit einzubringen, als es der Arbeitsvertrag eigentlich fordert, davon immerhin ein Viertel nach eigener Einschätzung mehr als zehn Stunden/Woche. Das mag als die Sozialer Arbeit nachgesagte Tendenz zur Selbstaubeutung gelesen werden, wohl aber und eher als Reaktion auf den zwingend erlebten Zeitdruck.

Deutlich wird, dass „Zeitdruck“ (z.B. „wenn ich am Ende des Arbeitstages weiß, dass ich längst nicht das Tagesziel erreicht habe (meist mein gesetztes)“, „bei Termindichte/-druck“, bei Vielfalt und Menge der Aufgaben, das „Gefühl, nie fertig zu sein“ das Moment darstellt, das Überlastung insbesondere hervorruft, dem offenbar (auch) durch einen freiwilligen Mehreinsatz Rechnung getragen wird (Beispiele sind „zeitgleich: Sachbericht muss Ende der Woche fertig sein, ich habe aber

➔ noch ein wichtiges Projekt und meine Kollegin klagt mir ihr Leid über ...“, „oft keine Ergebnisse der Arbeit zu sehen und auch selten etwas abschließen zu können“, „wenn man mit Aufgaben betraut wird, die man als unwichtig ansieht, aber viel Zeit in Anspruch nehmen“, oder: „wenn ich mich nicht um die Kinder kümmern kann [so wie ich es möchte], weil Gelder in Gefahr sind und ich deshalb andere Dinge tun muss [Bürokratie u.ä.]“. Dass dies auf Dauer kaum tragfähig sein kann, deuten u.a. zwei Werte an: erstens räumen 38 Prozent der Befragten bereits ein, dass sie früher engagierter waren (bei 52 Prozent hat sich daran – noch? – nichts geändert), und zweitens haben 58 Prozent bereits „gelegentlich“ oder „öfter“ einen Wechsel aus der Kinder- und Jugendarbeit in ein anderes Arbeitsfeld in Betracht gezogen (40 Prozent noch nicht).

### Besonders belastete Fachkräfte

Etwa ein Fünftel der in der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Fachkräfte ist durch Prozesse im Prekarium und unter wachsendem (Anforderungs-)Druck zu gestaltender Kinder- und Jugendarbeit als in besonderem Maße belastet anzusehen; hier kommt Finanziers, Trägern und Vorgesetzten eine besondere Verantwortung zu.

Zunächst einmal erleben 91 Prozent der Befragten Anspannung in beruflichen Situationen; 86 Prozent der Befragten nehmen Zeitdruck „hin und wieder“, „häufig“ oder „sehr häufig“ wahr, 52 Prozent berichten über an sich wahrgenommene Unkonzentriertheit, 65 Prozent sprechen von erlebter Erschöpfung, 39 Prozent von schlechtem Schlaf. Bei einem Fünftel der Befragten liegt die Kombination dieser Merkmale geschlossen vor, was es rechtfertigt, im Anschluss an die relevanten Modelle aus der Forschung zu beruflichem Ausbrennen von einer besonders belasteten Gruppe zu sprechen.

Dieser Personenkreis (mehrheitlich handelt es sich um akademisch ausgebildete Fachkräfte: 68 Prozent [Basiswert der gesamten Befragung: 41 Prozent]) kennzeichnet u.a. zweierlei: einmal eine erhöhte Bereitschaft zur Mehrleistung und andererseits eine durchgehend sorgenvoll-skeptische Blickweise auf Kinder- und Jugendarbeit.

Im Verhältnis zu den übrigen Fachkräften (27 Prozent) sind sie eher zu einer Mehrheit von mehr als zehn Stunden wöchentlich bereit (36 Prozent). Auch ihre Lebenszeitbilanz weist einen deutlich höheren Wert für den Einsatz an Zeit für Beruf und Arbeit (61 Prozent) aus, als bei den übrigen Befragten (52 Prozent). Ihre Freizeitaktivitäten, die Zeit für Familie und Freunde sowie für Ruhe- und Erholungsphasen kommen entsprechend „kürzer“. Zugleich sehen sie z.B. ihre berufliche Zukunft in der Kinder- und Jugendarbeit mit erheblich größeren Sorgen (57 Prozent im Verhältnis zu 30 Prozent). Drei Viertel haben gelegentlich und öfter an eine andere Arbeit gedacht (die anderen zu 47 Prozent), ihr Engagement schätzen sie mit 79 Punkten schwächer ein (89 Punkte die anderen) und zu zwei Dritteln (im Verhältnis zu 31 Prozent) nahmen sie sich früher engagierter wahr.

Damit wird ein Kardinalproblem kenntlich gemacht: dass nämlich ein Fünftel der (vor allem jüngeren und akademisch ausgebildeten) Fachkräfte akut gefährdet ist, der Kinder- und Jugendarbeit über kurz oder lang dauerhaft durch „Austritt“ (von „Ausbrennen“ bis „Aufgabe“ und Arbeitsfeldwechsel) verloren zu

gehen. Ob sich das Land Sachsen-Anhalt einen solchen fachlicher Aderlass wird erlauben können, wäre noch zu diskutieren (dass – in vergleichbarer Situation – die Sächsische Landjugend dort bereits ihre Tätigkeit einstellt, mag nicht als Empfehlung für Sachsen-Anhalt missverstanden werden).

### Schlussbemerkungen

1. Die Finanzlage des Landes Sachsen-Anhalt ist angespannt. Das Land unterliegt nachhaltig der auch demografiebedingten gesellschaftlichen Transformation (so wird – nach Angaben aus dem Sozialministerium – die Zahl der Geburten von derzeit rund 17.000 pro Jahr auf etwa 9.000 im Jahr 2025 sinken und sich die Bevölkerung von 2,4 Millionen auf dann etwa knapp zwei Millionen um ein Sechstel verringert haben). Der Fachkräftemangel hat auch Sachsen-Anhalt längst erreicht. Diese Entwicklungen sind (erkennbar auch unter den befragten Fachkräften) unbestritten; die aus den Prognosen folgenden Anforderungen auch an die Soziale Arbeit im Allgemeinen und die Kinder- und Jugendarbeit sind entsprechend anspruchsvoll. Ein Bewusstsein dafür, wie wichtig es sein wird, jeden jungen Menschen im Land zu halten, hat sich in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik durchgesetzt. Gerade deshalb ist (fach-)politische Phantasie und soziale Intelligenz notwendig.

2. Die Kinder- und Jugendarbeit erfüllt in diesen Prozessen eine wichtige Funktion jenseits formeller (Aus-)Bildungsprozesse; sie stützt Prozesse des Heimisch-Seins und -Werdens, sie trägt dazu bei, eine positive Bindung zum Land und seinen Chancen und Möglichkeiten zu entwickeln. Ihre Bedeutung ist empirisch wie bildungstheoretisch (vgl. 12. Kinder- und Jugendbericht 2005), aber längst noch nicht jugend- und sozialpolitisch anerkannt.

3. Problematisch wird es daher werden, wenn die Kraft zur Selbstmotivation von Fachkräften der Kinder- und Jugendarbeit durch die zuvor skizzierten (Arbeits-)Bedingungen nachhaltig geschwächt wird.

4. Der Fachkräftemangel hat auch die Kinder- und Jugendarbeit erreicht. Er wird sich verstärken, wenn ein Gelingen ermöglichende Arbeitsbedingungen weiter ein frommer Wunsch von Fachkräften und engagierteren Akteuren in Sozial- und Jugendpolitik/-verwaltung bleibt. Die deshalb doppelt notwendige Strategie des Haltens (junger Menschen einerseits, Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit andererseits) als Konsequenz einer sozial innovativen und zukunftsorientiert zu nennenden Jugendpolitik auch im Land Sachsen-Anhalt erscheint noch entwicklungs- und – mehr noch – entwicklungsbedürftig.



© WWW.SW-KOMMUNIKATION.NET

5. Die hier ausschnitthaft herangezogenen Daten legen einige Prüfungen nahe: Neben der Klärung, z.B. befristete Projektförderungen einzuschränken, solide vertraglich vereinbarte Förderungssysteme (wieder) zu schaffen, Bewilligungen bzw. Verträge mit einer mittleren Laufzeit von wenigstens fünf Jahren auszusprechen oder schlanker Nachweisprozeduren zu entwickeln, die den Fachkräften wieder einen stärkeren Fokus auf das (vor allem pädagogische) „Kerngeschäft“, die (in-)direkte Arbeit mit und für Zielgruppen, erlauben, geht es auch um den Aufbau bzw. die Weiterentwicklung kooperativer, trägerübergreifender Netzwerke kollegialer Beratung und die Absicherung externer Hilfen für Fälle beruflicher Be- und Überlastung (Supervision, Coaching, Lösungsorientierte Beratung u.ä.).

6. Vor allem ergeht aber auch eine Anregung an die Adresse der Fachkräfte selbst: sich nämlich aktiver in der gewerkschaftlichen und/oder berufsständischen Interessenvertretung zu engagieren; denn: „Bemerkenswert ist ..., dass Veränderungen durch die neue Bildungs-, Familien, Gesundheits- und Sozialpolitik (unter denen die Arbeitsbedingungen wohl zu subsumieren sein werden; PUW) zwar bisweilen Kritik auslösen, aber keine massiven Gegenschaften thematisiert werden. Sich schon noch zu arrangieren wissen – dies scheint die gut fundierte Grundeinstellung zu sein“ (Flad/Schneider/Treptow 2008: 241) – freilich (das zeigen die vorstehend angedeuteten Befunde eben mehr als deutlich) eine wenig erfolgversprechende.

Prof. Dr. Peter-Ulrich Wendt

Peter-Ulrich Wendt ist Professor für Soziale Arbeit an der Hochschule Magdeburg (E-Mail: peter-ulrich.wendt@hs-magdeburg.de; Website: www.puwendt.de).

### Literatur:

- Flad, C., Schneider, S., und Treptow, R.: Handlungskompetenz in der Jugendhilfe, Wiesbaden 2008  
Kroll, L. E., Müters, S., und Dragano, N.: Arbeitsbelastungen und Gesundheit; in: GBE kompakt 5/2011, hg. vom Robert Koch-Institut, Berlin 2011  
Maroon, I.: Burnout bei Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen. Theorie und Interventionsperspektiven; in: Soziale Arbeit 5/2008: 170–175  
Poulsen, I.: Burnoutprävention im Berufsfeld der Sozialen Arbeit, Wiesbaden 2009  
Reiners-Kröncke, W., Röhrig, S., und Specht, H.: Burnout in der Sozialen Arbeit, Augsburg 2010

**Wir wünschen allen Kolleginnen und Kollegen einen frohen Advent, ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest sowie einen guten Start ins Jahr 2012.**



## Mitgliederservice der Landesgeschäftsstelle: Zum Jahreswechsel geschlossen

**Ab 22. Dezember bleiben die Geschäftsstelle der GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg, und das Regionalbüro „Süd“ der GEW, Kleiner Berlin 2, 06108 Halle/Saale, geschlossen. Ab 2. Januar sind wir für unsere Mitglieder dann wieder erreichbar.**

Bei fristgebundenen Rechtsschutzangelegenheiten (z.B. bei Kündigungen) bitten wir die betroffenen GEW-Mitglieder, sich direkt an die Rechtsstellen der DGB Rechtsschutz GmbH zu wenden:

- DGB Rechtsschutz GmbH, Büro **Halle** (Merseburger Str. 52, 06110 Halle, Tel. 0345/ 23 11 614)

- DGB Rechtsschutz GmbH, Büro **Halberstadt** (Theaterstraße 1, 38820 Halberstadt, Tel. 03941/ 57 323)

- DGB Rechtsschutz GmbH, Büro **Stendal** (Stadtseeallee 1, 39576 Stendal, Tel. 03931/ 490380)

- DGB Rechtsschutz GmbH, Büro **Magdeburg** (Otto-von-Guericke-Str. 27–28, 39104 Magdeburg, Tel. 0391/ 56 50 711)

- DGB Rechtsschutz GmbH, Büro **Dessau-Roßlau** (Grenzstraße 5, 06849 Dessau, Tel. 0340/ 51 989-0)

- DGB Rechtsschutz GmbH, Büro **Naumburg** (Rosa-Luxemburg-Str. 24, 06618 Naumburg, Tel. 03445/ 23 35 80)

..... Petra Richter

## GEW-KV Sangerhausen: Mitglieder-Info

Der Kreisvorsitzende Harry Hahn tritt aufgrund persönlicher und dienstlicher Belastungen von seinem Vorsitz zurück. Neue Vorsitzende ist ab sofort die bisherige stellvertretende Vorsitzende Hella Mette. Harry Hahn steht dem Kreisvorstand aber weiterhin als stellvertretender Vorsitzender zur Verfügung.

**Das GEW-Büro in Sangerhausen, Kornmarkt 8, Tel. 03464/ 2767-600 ist ab Dezember 2011 nur noch an jedem ersten Dienstag des Monats (außer in den Ferien) von 16 Uhr bis 18 Uhr besetzt.**

In dringenden Fällen erreicht ihr uns aber per E-Mail (GEW-Sangerhausen@gew-lsa.de) oder telefonisch (H. Mette 034651/ 32370, H. Hahn 034651/ 49813).

## Die GEW gratuliert im Dezember

### 91 Jahre

**Günther Hacke**, Dardesheim

### 86 Jahre

**Horst Linzen**, Magdeburg

**Hans Brennecke**, Weteritz

### 85 Jahre

**Gerhard Schulze**, Burg

### 84 Jahre

**Karl Pullmann**, Magdeburg

**Gerhard Wölfer**, Magdeburg

**Dr. Ernst Block**, Dähre

### 83 Jahre

**Edith Elsholz**, Magdeburg

**Günter Wald**, Wernigerode

### 81 Jahre

**Hugo König**, Burg

### 80 Jahre

**Werner Sorge**, Merseburg

**Dr. Gerhard Mundt**, Möhlau

**Gisela Müller-Jungk**, Halle

**Franz Fleissner**, Hecklingen

**Marianne Hoheisel**,  
Sangerhausen

**Liselotte Knappe**, Magdeburg

**Manfred Reiche**, Sangerhausen

**Martha Schnering**,  
Dessau-Roßlau

### 79 Jahre

**Joachim Schwarz**, Droyßig

**Ingeburg Nahrstedt**, Neuenhofe

**Sonja Achilles**, Halberstadt

**Gisela Schildt**, Magdeburg

**Erika Glasneck**, Halle

### 78 Jahre

**Eva-Maria Jüterbock**,  
Magdeburg

**Hans Busse**, Berga

**Christa Hensel**, Aschersleben

### 77 Jahre

**Hanna Oeltze**, Magdeburg

**Elisabeth Rätzel**, Haldensleben

**Waltraud Engel**, Schackenthal

**Rita Stahl**, Dessau-Roßlau

**Christa Flohr**, Blankenburg

**Rosemarie Rohn**, Halle

**Irma Springborn**, Satuelle

**Prof. Dr. Manfred Uessler**,  
Berlin

**Dr. Peter Kircheisen**, Lieskau

**Dr. Hermann Stumpe**,  
Bad Kösen

### 76 Jahre

**Annemarie Ringel**, Quedlinburg

**Eva Schütt**, Salzatal,  
OT Lieskau

**Anita Gerstendorf**, Magdeburg

**Helga Neumann**, Halle

**Eva-Maria Wölm**, Gardelegen

**Lieselotte Schreiber**,  
Wittenberg

**Siegfried Blüthner**, Wittenberg

**Gisela Berfelde**, Magdeburg

### 75 Jahre

**Charlotte Tietz**, Halle

**Christa Laube**, Jessen

**Ottomar Pfannschmidt**,  
Hettstedt

### 74 Jahre

**Klaus Job**, Magdeburg

**Dr. phil. Charlotte Köppe**,  
Magdeburg

**Anni Langer**, Magdeburg

**Klaus Wagner**, Gröben,  
OT Runthal

**Brigitte Stallmann**, Meisdorf

### 73 Jahre

**Brigitte Schönfelder**, Salzwedel

**Kathrin Barkowsky**, Klötze

**Helene Neumann**, Ritterode

**Renate Will**, Zerbst

**Rita Wutschig**, Petersberg,  
OT Teicha

**Christa Voigt**, Köthen

**Frank Wulkau**, Wulfen

**Christel Stegemann**, Halle

**Marlies Schirmer**, Vehlitz

**Konrad Zessin**, Mücheln

**Helga Graupe**, Bernburg

**Jutta Labuhn**, Aschersleben

**Edda Grütznier**, Naumburg

### 72 Jahre

**Bärbel Koch**, Wegenstedt

**Asta Tübe**, Hayn

**Sigrid Stelzig**, Langenweddingen

**Antje Oehmig**, Landsberg

**Renate Schubert**, Amsdorf

**Walter Thüerer**, Gardelegen

**Ursula Rogall**, Halle

**Renate Wendland**, Bernburg

**Margret Jürgens**, Salzwedel

**Casimira Böttner**, Wolfen

**Anita Stütz**, Kuhfelde

**Hermann Trute**, Wolfen

**Hannelore Wagner**, Landsberg,  
OT Hohenthurm

**Heidi Müller**, Oschersleben

**Bernhard Haussen**, Ballenstedt

**Elfriede Schinke**, Lichterfelde

**Harry Krentz**, Magdeburg

**Erika Schulz**, Schinne

**Brigitte Knies**, Zichtau

**Ingrid Maskowiak**, Güstow

**Jutta Fliege**, Quedlinburg

**Ellen Schrader**, Wernigerode

**Ingrid Thomas**, Halle

**Gerda Rengers**, Magdeburg

**Karin Dittmann**, Ströbeck

**Christel Griesche**, Thale

### 71 Jahre

**Karin Keil**, Elsteraue,  
OT Profen

**Angelika Rodermann**, Halle

**Heide Thomas**, Grimma

**Gerlinde Klar**, Hötensleben

**Karin Klinge**, Sangerhausen,  
OT Oberröblingen

**Rita Heinemann**, Heimbürg

**Wolf Dieter Matthias**,  
Bad Lauchstädt

**Ingrid Längrich**, Halle

**Peter Loskarn**, Büstringen

**Ferdinand Pazak**, Hergisdorf

**Monika Kreiser**, Stendal

**Ilona Todt**, Klobikau

### 70 Jahre

**Winfried Ganter**, Weißenfels

**Bärbel Hager**, Langenstein

**Klaus Römer**, Hoym

**Holger Wieprich**, Wolferode

**Jürgen Engelmann**, Weißenfels

## GEW-Stadtverband Halle: Fahrt zur „didacta“

Am 18. Februar 2012 organisiert der Stadtverband der GEW Halle für interessierte GEW-Mitglieder eine Busfahrt zur Bildungsmesse „didacta“ nach Hannover (Abfahrt in Halle: 7:00 Uhr ab Busbahnhof Ernst-Kamieth-Straße, Rückfahrt ab Hannover: 17:00 Uhr).

Anmeldungen bis zum 20.12.2011 unter Tel.: 0345/204080 oder per E-Mail an: katja.kaemmerer@gew-lsa.de. Da die Anzahl der Plätze begrenzt ist, entscheidet die Reihenfolge der Anmeldung über die Mitfahrt. Der Unkostenbeitrag in Höhe von fünf Euro wird im Bus kassiert.

U. Kranich

## Altmärkischer LehrerInnentag 2012: „Gesundheitstag“

Der nächste Bildungstag der GEW-Kreisverbände Stendal und Salzwedel findet am Samstag, den 25. Februar 2012, im Winkelmann-Gymnasium Stendal statt. Geplant sind ca. zehn Arbeitsgruppen, die sich vor allem mit der Lehrgesundheit beschäftigen werden, sowie eine Verlags- und Unterrichtsmittelausstellung.

Das Programm veröffentlichen wir in der Februar-Ausgabe der EuW. Wer online schauen möchte, findet das Programm ab Mitte Januar auch auf unseren Internet-Seiten unter [www.gew-stendal.de](http://www.gew-stendal.de). Anfragen sind außerdem unter 03931/212892 (nur donnerstags von 14:30 bis 16:00 Uhr, außer in den Ferien) oder per E-Mail an [ines.albrecht@gew-lsa.de](mailto:ines.albrecht@gew-lsa.de) möglich.

Ines Albrecht

## GEW-KV Aschersleben-Staßfurt: Veranstaltungen 2012

28. Januar	Welterbestadt Quedlinburg
18. Februar	Bildungsmesse „didacta“ Hannover
März	39. Wochenendschulung in Stolberg/Harz
Mai	„Gondwanaland – die Tropenlandschaft im Zoo Leipzig“
Juni	Lehrertag: „Das Wörlitzer Gartenreich“
20. Oktober	Bildungstag der GEW-Kreisverbände Aschersleben-Staßfurt und Bernburg
November	40. Wochenendschulung in Stolberg/Harz
Nov./Dez.	Weihnachtsfahrt nach Freiberg
6. bzw. 13. Dez.	Gemütliches Beisammensein für Vertrauensleute, Senioren, Jubilare

Weitere Veranstaltungen sind in Planung und werden rechtzeitig bekannt gegeben.

Gerhard Müller

## Kinder- und Jugendbuch-Tipp: Eine fantastische Geschichte

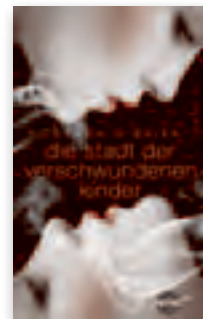
Caragh O'Brian: Die Stadt der verschwundenen Kinder. München: Heyne Verlag 2011, ISBN: 978-3-453-52800-0, Preis: 16,99 Euro; Altersempfehlung: ab 12 Jahre

Gaia ist die mutige Heldin dieser fantastischen Geschichte. Sie lebt in einer unbarmherzigen Welt. Trotz ihrer jungen 16 Jahre ist sie als Hebamme ein wichtiges Mitglied der Gemeinschaft. Zu ihrer Aufgabe gehört es, jeden Monat die drei ersten Neugeborenen an der Mauer der Stadt abzugeben. Was mit ihnen passiert und wohin sie gebracht werden, weiß sie nicht. Sie weiß nur, dass sie es in der Stadt innerhalb der Mauer besser haben werden, denn dort herrschen weder Armut noch Hunger. Als jedoch Gaias Eltern eines Tages verhaftet werden und sie mit einem geheimnisvollen Paket zurücklassen müssen, beginnt Gaia nach dem Schicksal ihrer Eltern und der verschwundenen Kinder zu suchen. Sie begibt sich in große Gefahr und betritt heimlich die verbotene Stadt, in der sie eine Entdeckung macht, die das Leben aller Menschen in und außerhalb der Mauer verändern kann.

Die Welt von Gaia spielt in einer Zukunft, in der Umweltprobleme, Klimawandel und Gentechnik eine große Rolle spielen, – Themen, die auch heute schon von großer Bedeutung sind. Spannend und einfühlsam entwickelt sich die Geschichte, in der man dem Geheimnis der verschwundenen Kinder immer näher kommt. Einmal angefangen kann man das Buch kaum aus der Hand legen. Auch die Charaktere, besonders Gaia, sind großartig beschrieben und zeigen, dass man immer eine Wahl hat und nicht alles hinnehmen kann.

Die „Stadt der verschwundenen Kinder“ ist ein fantastisches Buch, das auf seine Fortsetzung gespannt warten lässt.

Katharina Grünig



## Kinder- und Jugendbuch-Tipp: Trauer und ein Abschied für immer

Patricia Maclachlan: Edwards Augen; aus dem Englischen von Birgitt Kollmann, Carl-Hanser-Verlag München 2010, ISBN 978-3-446-23589-2; Altersempfehlung: ab 11 Jahre

Ein berührendes, stilles Buch, das ein sehr aktuelles Problem so aufgreift, dass es für Kinder und Erwachsene lesenswert ist und nachdenklich macht.

Wie bedeutungsvoll der Prolog ist, weiß der Leser erst nach der Lektüre des Buches; denn zunächst bleibt ihm verborgen, was die Antwort bedeutet: „Edward, ... das also ist sein Name.“

Der Ich-Erzähler Jake erinnert sich an das kurze, aber für alle, die ihn kannten, eindrucksvolle Leben seines Bruders Edward. Er erinnert sich zuerst daran, wie es war, als die Mutter mit dem Baby aus der Klinik kam und ihm, dem damals Dreijährigen, das „Stoffbündel“ auf den Schoß legte. Was ihm auffiel, das waren die Augen, Edwards Augen. Von Anfang an ist allen Familienmitgliedern und Freunden klar: Er ist etwas Besonderes. Sie beobachten, er hat vor nichts Angst, er erkennt die „Zeichen“, er spielt wunderbar Baseball, er beherrscht den „Knuckleball“ und er sagt voraus, dass das nächste Baby der Familie eine Schwester wird, eine Sabine. Für dieses Baby ist er von Anfang derjenige, der sich kümmert, der eine wunderbare, sehr enge Beziehung herstellt. Für dieses Baby fährt er mit seinem Fahrrad in die Stadt, obwohl ihn der Erzähler warnt, da die Bremsen defekt sind, und kommt nicht mehr zurück, nie mehr ... Die furchtbare Nachricht, dass Edward tödlich verunglückt ist, erhält die Familie an einem Tag, an dem sie alle so glücklich zusammen waren. Als die Eltern aus der Klinik kommen, teilen sie den Kindern mit, dass sie die Organe von Edward gespendet haben, auch die Hornhaut seiner wunderbaren Augen. Eben diese Augen erhält ein Junge, der ebenfalls Baseballspieler war, der allmählich erblindet war und nun wieder spielen kann. So erkennt der Leser am Schluss, wie der Zauber des Jungen Edward auch über den Tod hinaus Glück bringt.

Kale



### Wir gedenken der Verstorbenen

Sonja Kirmis,  
Magdeburg  
Ingrid Zschoche,  
Magdeburg  
Reinhard Schmidt,  
Längendorf  
Prof. Dr. Ulrich Ricken,  
Halle

### Impressum

**Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg, Tel.: 0391 7355430, Fax: 0391 7313405, E-Mail: [info@gew-lsa.de](mailto:info@gew-lsa.de), [www.gew-lsa.de](http://www.gew-lsa.de)

**Vorsitzender:** Thomas Lippmann  
**Verantwortlich:** Geschäftsführung der GEW Sachsen-Anhalt

**Redaktion:** Rolf Hamm, Eberhard Heidecke, Prof. Dr. Hans-Dieter Klein (verantwortl.), Helgard Lange, Karin Legler, Alexander Pistorius, Thomas Westermann

**Postanschrift der Redaktion:** GEW Sachsen-Anhalt, Redaktion EuW, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg

Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt (EuW) erscheint monatlich (Doppelausgabe in den Sommerferien). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 7,20 € zuzüglich 11,30 € Zustellgebühr (einschl. MwSt.).

**Redaktionsschluss** ist der 10. des Vormonats. Später eingehende Manuskripte können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

**Verlag mit Anzeigenabteilung:** Stamm Verlag GmbH, Goldammerweg 16, 45134 Essen, Tel.: 0201 84300-0, Fax: 0201 472590, E-Mail: [anzeigen@stamm.de](mailto:anzeigen@stamm.de), [www.erziehungundwissenschaft.de](http://www.erziehungundwissenschaft.de); verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller; gültige Preisliste Nr. 8 vom 1. Januar 2009; Anzeigenschluss ca. am 5. des Vormonats.

**Gesamtherstellung:** SW-Kommunikation; Eschenstr. 1A, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928 847162, [www.sw-kommunikation.net](http://www.sw-kommunikation.net)  
**Titel:** © SW-Kommunikation

### Anzeigen

#### Klassenfahrten nach Berlin

(incl. Transfer, Unterkunft,  
Programmgestaltung nach Absprache)  
**Biss**, Fichtestr. 30, 10967 Berlin  
Telefon (0 30) 6 93 65 30  
[www.berlin-mit-biss.de](http://www.berlin-mit-biss.de)

vinculum  
MUNDI  
Ihre Reiseleiter  
in PARIS  
für Klassenfahrten  
und Gruppenreisen  
[www.vinculum-mundi.com](http://www.vinculum-mundi.com)  
Tel. 00 49 30 6 93 65 30

#### Die ostfriesische Nordseeküste 5 Tage ab € 99,00 inkl. HP

[www.klassenfahrt-nordsee.de](http://www.klassenfahrt-nordsee.de)

Jugendwerk Brookmerland  
Leezdorfer Straße 70, 26529 Leezdorf  
Tel. 04934 - 804257, Fax 04934 - 7827  
[info@klassenfahrt-nordsee.de](mailto:info@klassenfahrt-nordsee.de)

© WWW.SW-KOMMUNIKATION.NET



**Neues Konto? Neue Adresse?  
 Neues Gehalt? Neue Arbeitsstelle?**

Bis zu 10 Euro berechnen Banken, wenn eine Lastschrift nicht eingelöst werden kann, weil der Inhaber umgezogen ist, sich seine Kontonummer/ Bankverbindung geändert hat ... Bitte helfen Sie Ihrer Gewerkschaft unnötige Kosten zu sparen und senden Sie bei Veränderungen sofort diesen Abschnitt an: GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg, Fax: 0391 7313405.

**Änderungsmeldung:**

Name, Vorname: .....

Kreisverband: .....

Mitglieds-Nr.: ..... Geb.-Dat.: .....

Anschrift: .....

Telefon: .....

Bankverbindung: .....

Bankleitzahl: .....

Konto-Nummer: .....

Dienststelle/Einrichtung (Name, Straße, PLZ, Ort): .....

Tätigkeitsbereich: .....

Vergütung nach TVL (Entgeltgruppe ..... Stufe ..... seit .....)

Vergütung nach TVöD (Entgeltgruppe ..... Stufe ..... seit .....)

Vergütung nach SuE (S-Gruppe ..... Stufe ..... seit .....)

Beamte (Besoldungsgruppe ..... Stufe ..... seit .....)

Bruttoeinkommen: .....  
 (bei Rentnern und Mitgliedern in privaten Einrichtungen  
 Angabe des Bruttoeinkommens)

Altersteilzeit: (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden  
 pro Woche vor Beginn der Altersteilzeit .....)

Arbeitszeit: (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden  
 pro Woche .....)

*Es rettet uns kein höh'eres Wesen*

Die Junge Union hat offenbar recht, wenn sie fordert, dass alles ausgemerzt werden müsse, was an die DDR erinnert. Zum Beispiel der Einheitsverkaufspreis, kurz EVP. Wie sehr eine solche Gleichmacherei einem System schaden kann, war gerade wieder an den Tankstellen zu erleben. Bloß weil Diesel mittlerweile genau so viel kostet wie Benzin, haben einige gedacht: „Och, da kann ich jetzt auch gleich Benzin tanken.“ Und – rumms – hat es das System zerrippt. Das Motorsystem. Wie vorher das sozialistische. Da hätte aber der ADAC auch mal davor warnen können. Da ist die Kanzlerin anders. Um das System zu schützen, das kapitalistische, hatte sie extra einen Parteitag einberufen, um vor einem gleichmachenden Einheitsmindestlohn zu warnen. Jetzt könnte beim Leser durchaus die Frage auftauchen, ob man denn den Mindestlohn mit dem Spritpreis vergleichen kann? Ja, denn beide werden nicht vom Menschen gemacht. Über den Mindestlohn entscheidet der Profit und über den Spritpreis der liebe Gott. Das war aus den Nachrichten zu erfahren. Da wurde berichtet, weil das Wasser im Rhein so niedrig sei, wäre der Spritpreis so hoch.

ter, drängt sich zwangsläufig die Frage auf: Warum ist denn so wenig Wasser im Rhein? Die Antwort: Weil es zu wenig geregnet hat. Und wo kommt denn der Regen her? Vom Himmel. Und wer hat dort das Sagen? Der liebe Gott. Und wenn der es nicht regnen lässt, steigt eben an den Tankstellen der Preis. Daraus sollte man aber jetzt keine falschen Schlüsse ziehen, von wegen: Wenn der liebe Gott es mehr regnen lassen würde, dass dann der Diesel wieder billiger wird. Das Gegenteil ist der Fall. Wenn es mehr regnet, wird er erst recht teurer, denn dann wird das Wasser im Rhein zu hoch und die Tankschiffe, obwohl sie voll beladen sind, kommen nicht mehr unter den Brücken durch und können die Kraftstoffdepots wieder nicht beliefern. Daraus folgt die Erkenntnis, dass der hohe Spritpreis ein von Gott gewollter ist und nicht etwa Willkür der Mineralölkonzerne. Sollen wir glauben. Tanken wird zunehmend zu einer Glaubensfrage. Immer mehr sagen ja an der Zapfsäule schon: „Ich glaube, ich spinne!“. Und die Agip-Tankstellenkette z. B. gehört ja sogar dem Vatikan. Daraus erklärt sich auch, warum am Tag des Herrn, also am Sonntag, die Preise noch mal anziehen. Oder pünktlich zu Ostern, Pfingsten



Durch das niedrige Wasser könnten die Lastkähne, die den Kraftstoff transportieren, nicht voll beladen werden. Dadurch konnte man die Kraftstoffdepots nicht ausreichend beliefern; und weniger Angebot führe nun mal zu höherer Nachfrage und die wiederum zu höheren Preisen. Denkt man diese Argumentation logisch wei-

und Weihnachten. Wir sollten die Tankstelle langsam begreifen als Kathedrale für Atheisten und jeden vollen Tank als einen Kelch voller Messwein. Deshalb sollten wir in Zukunft beim Ablesen des Preises auf der Zapfsäule kein essigsaureres Gesicht machen, sondern wie Jesus sagen, als er den Schwamm mit Essig gereicht bekam: „Es ist vollbracht!“ Dazu schlagen wir die Hände nicht mehr über dem Kopf zusammen, sondern falten sie, gehen in die Knie und beten. Die Dieselfahrer: „We Shell overcome“ und die Benziner: „Esso muss was wunderbares sein.“ Als ökumenische Handlung könnte man sich auch einfach einigen auf: „Nun tanket alle Gott!“ Und das Amen an der Tankstelle ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Der Beitrag wurde auch bei MDR Radio Sachsen-Anhalt gesendet.

Hans-Günther Pölit